

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

51 (2.3.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.--A. einjähr. 50 A. Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle mit in U. lagen 1.00 A.; durch die Post bezogen 4.80 -- ohne Ausgabe- u. Postgebühren. monatlich Einzelzettel 25 A. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Postfach 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonetzelle 1.-A. Die Restamezelle 3.50 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. -- Annahmeschluss 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Eröffnungssitzung der Londoner Konferenz

Dr. Simons erklärt die Pariser Beschlüsse unausführbar — Ueberreichung von Gegenvorschlägen und Denkschriften — Antwort bis Donnerstag

Die erste Vollsigung

Amtlicher deutscher Bericht

WTB. London, 1. März. Heute vormittag 11 1/2 Uhr fand im Rector House die erste Vollsigung der Konferenz statt, an der außer der deutschen, englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen. Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektor v. Simon und v. Lesuire und Staatssekretär Lewald anwesend. Ferner der Vorkonferenz-Präsident Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu besprechen. Reichsminister Dr. Simons legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte. Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Überblick über die deutschen Gegenvorschläge.

Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Bedürfnisse der Lage beruhten. Die Alliierten würden aber unter sich beraten, und morgen ihre Antwort geben.

Darauf wurde gegen 1 Uhr die Sitzung geschlossen.

WTB. London, 1. März. Die heutige Vorkonferenzbesprechung, auf der Dr. Simons im Namen Deutschlands eine Erklärung abgab, dauerte zwei Stunden. Als Dr. Simons die deutschen Gegenvorschläge zu verlesen begann, unterbrach Lloyd George und sagte, wenn Dr. Simons es für der Mühe wert halte, irgend welche Dokumente zu unterbreiten, so wäre er es ihm. Aber angesichts der allgemeinen Erklärung der Alliierten könne Lloyd George ihm nicht verzeihen, daß die deutsche Regierung in einem völligen Mißverständnis über die Stellung der Alliierten sich zu befinden scheint, die schon überkommenen waren, daß der Vorschlag so beschaffen sei, daß sie ihn als Ersatz für die Pariser Beschlüsse weder prüfen noch erörtern könnten. Simons erklärte darauf, daß Deutschland die Pariser Beschlüsse in der gegenwärtigen Form nicht annehmen könne, sondern Gegenvorschläge machen wolle. Dr. Simons überreichte zwei Denkschriften, die die Pariser Beschlüsse kritisieren. Die Meinung der deutschen Regierung ginge dahin, daß die Pariser Beschlüsse auf einer zu kläglichen Auffassung der Lage der deutschen Industrie beruhten. Dessen ungeachtet habe sich Deutschland entschlossen, endgültige Vorschläge zu machen, weil es zu jedem Opfer bereit sei, wenn es anstelle der unbegrenzten Verbindlichkeiten des Vertrags von Versailles, beschränkte Verbindlichkeiten setzen könne.

In der Nachmittags-Sitzung, in der die Alliierten die Erklärung Dr. Simons in Erwägung zogen, waren die deutschen Delegierten nicht zugegen.

Der deutsche Gegenvorschlag

WTB. London, 1. März. Der deutsche Gegenvorschlag hat folgenden Wortlaut:

Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 23. Januar 1921 sind, wie sie in den überreichten Denkschriften ausgeführt werden, wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar. Deutschland ist jedoch bereit, bei seinem Vorschlag bis an die Grenze der Möglichkeiten zu gehen, die sich bieten würden, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich erhöhen könnte. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Aufstellung eines Zahlungsplanes aus folgender Grundlage für möglich:

a) Der Zeitwert der von alliierten Seite geforderten 43 Annuitäten betrage bei der Deutschland angebotenen Rückstellung der Annuitäten mit 8 Prozent etwa 50 Milliarden Goldmark. Eine solche Leistung ist auch wiederholt in der alliierten Presse getan worden. Außer diesen rund 50 Milliarden Goldmark sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf das Reparationskonto gutgeschrieben sind, in Rechnung zu stellen. Ein geringer Abzug für die Vorleistungen würde auch die Gesamtzahlungen bedingen, welche über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständigerweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der deutschen Vorleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug der Werte der Vorleistungen von dem oben angegebenen Zeitwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbeitrag. Die noch von Deutschland zu leistenden Zahlungen dieses Vertrages sollen baldmöglichst im Wege internationaler Anleihen geschaffen werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den Gesamtbeitrag, oder auch nur ein größerer Teil in der nächsten Zukunft durch eine große internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilamortisation anzustreben sein. Zu diesem Zwecke schlägt Deutschland vor, eine Anleihe in möglichst großem Umfang, etwa bis zu 8 Milliarden Mark, aufzulegen, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinssatz der Anleihe solle möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1 1/2 Prozent nach 5 Jahren einsetzen. Deutschland ist bereit, für die Dienste der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Dienste der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Annuität von je einer Milliarde Goldmark. Diese Annuität wird in

erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen den deutschen Lieferanten und den alliierten Bestellern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner seine Bereitwilligkeit, durch Arbeiten beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch eine internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Gegen diese Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die eben erwähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Schuldbetrag, welcher hiernach noch etwa ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1928 ohne Verzinsung von Zinsszinsen der Kapitalschuld zugesprochen. Die weiteren Verpflichtungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1928 beginnen soll, bleibt vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der internationalen Anleihe ausgeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene 10prozentige Abgabe der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß der vorstehende Vorschlag sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründet, sondern eine künftige Einschränkung in der Zukunft in Rechnung stellt.

c) Die noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Teil VIII Absatz 1, nicht Anionen und Teil IX des Vertrages von Versailles sind als ansgelassen anzusehen. Das Gleiche gilt von der Vergabe des Erlöses für die Zerlegung von Kriegsschiffen (Artikel 189) und von der für die Zerlegung von Kriegsschiffen Deutschlands, die Liquidation und die Zurückhaltung des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Inwieweit bleibt die Verpflichtung Deutschlands für die Restitutions aus Artikel 238.

d) Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voraussetzungen des Artikels 431 des Vertrages von Versailles als eingetragen gilt, so daß der gesamte zu a) festgelegte Betrag bezahlt ist. Voraussetzungen für die vorstehenden Vorschläge sind: a) daß die Abkündigung in Oberschlesien zu Gunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland verbleiben wird, b) daß die Bestimmungen des Weltwirtschaftsvertrages beibehalten und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Der Eindruck der deutschen Gegenvorschläge

WTB. Brüssel, 2. März. In den ersten telegraphischen Mitteilungen wird der Eindruck der Darlegungen Dr. Simons bei der Konferenz als niederschmetternd bezeichnet. Es wird gemeldet, daß Lloyd George am Schluß der Sitzung zu einem der Delegierten gesagt habe, daß wenn die Sitzung noch anbauere, die Alliierten noch hören würden, daß sie bezahlen müßten. Die Gleichzeitigkeit des aber, daß Lloyd George und ein Teil der übrigen Anwesenden die Bedeutung des Angebots nicht sofort begriffen haben. Nach den hier vorliegenden Darstellungen bedeutet das Angebot von Dr. Simons eine Gesamtschuld von Deutschland in den nächsten 30 Jahren im Betrage von 150 Milliarden Goldmark.

Erteilung der Antwort am Donnerstag

WTB. London, 2. März. Die Führer der fremden Abordnungen kamen gestern nachmittags in der Downing Street zusammen, um das Verhalten zu beraten, das sie infolge der deutschen Gegenvorschläge zur Wiederbestellung einschlagen sollen. Es wurde beschlossen, rechtzeitige und militärische Berater zu befragen und danach die deutsche Abordnung am Donnerstag von den Mehrheiten zu unterrichten, welche die Verbindungen zu treffen gesonnen sind. Die Sachverständigen treten heute morgen um 10 Uhr zusammen, die Führer der fremden Abordnungen werden nachmittags zusammenkommen, um das Gutachten der Sachverständigen in Empfang zu nehmen. Danach wird die Antwort festgelegt, die den Deutschen gegeben werden soll.

Englische Pressestimmen

WTB. London, 1. März. Der „Star“ führt aus: Das Schicksal der Reparationskonferenz hätte lieber unterbleiben sollen. Es wäre besser gewesen, man hätte sich klar gemacht, daß Deutschland für die Reparationen, die es in Belgien und Frankreich angerichtet habe, zwar zahlen müsse, daß jedoch der Gedanke, Deutschland müsse 42 Jahre lang als eine Art Sklavenstaat für die Sieger arbeiten, unbedingt zu verwerfen sei. Das Blatt hofft, daß die britische Regierung und wenn nicht diese, das britische Volk deutlich zu verstehen geben würde, daß, wenn Paris noch nach Berlin marschiere, es nicht mit Englands Regierung und nicht mit ihrer Zustimmung geschehen werde. Der „Star“ fährt fort: Die Männer und Frauen dieses Landes haben den Krieg satt, haben aber auch den Frieden satt, diesen Zustand, der weder Krieg noch Frieden ist. Das Blatt bezeichnet den von Deutschland geforderten Betrag als weit höher als den von Deutschland geforderten angerichteten Schaden und gibt den britischen Teilnehmern an der Konferenz den Rat, vernünftig zu verhandeln und einen wirklichen und dauernden Frieden zustandzubringen.

„Weltmeister Gazette“ schreibt: Von dem richtigen

oder falschen Beschluß, der gefaßt wird, hängt wahrscheinlich der Weltfriede ab, weil die deutsche Mitarbeit sehr vital für jede Regelung sei, die Bestand haben soll. Kein Geschäftsmann glaubt ernstlich an Zahlungen, die auf vierzig Jahre verteilt sind, oder um irgend einen der phantastischen Pläne, Deutschland in bar bezahlen zu lassen, ohne deutsche Waren anzunehmen. Die Alliierten müßten Waren oder Werte in einer anderen Form annehmen. Auf diese Weise könnten sich die Alliierten eine wesentliche Summe sichern.

Deutsche Denkschrift über den Haushalt des deutschen Reiches

WTB. Berlin, 1. März. Unter den Denkschriften, welche die deutsche Regierung in London überreichte, befindet sich auch eine im Reichswirtschaftsministerium bearbeitete kurze Denkschrift, welche sich mit der Denkschrift der alliierten Sachverständigen über den Haushalt des deutschen Reiches beschäftigt. Während die Alliierten bei der Prüfung der Ausgaben darauf hingewiesen haben, daß eine Reihe von sogenannten wirtschaftlichen Ausgaben (Lebensmittelversorgung, Baukostenzuschüsse, Beiträge bei den Betriebsverwaltungen) verschwinden müßten, und daß zusammen mit diesen Ausgaben Ersparungen von 31 Milliarden Mark gemittelt werden könnten, so wird in der deutschen Denkschrift, außerordentlichen Budget liegen, betont die deutsche Denkschrift, daß die Kernfrage die sei: Wie ist es für Deutschland möglich, den eigenen inneren Bedarf und daneben noch die Ausgaben für die Reparation durch laufende Mittel aufzubringen. Die deutsche Denkschrift weist gegenüber den Schlussfolgerungen der Alliierten darauf hin, daß schon die arbeitslosen Ausgaben des Reiches für 1921 43,5 Milliarden Mark betragen werden. Die Erhöhung gegen 1920 ist bedingt durch Vermehrung der Gehaltszinsen um 2,7 Milliarden und Vermehrung der laufenden Ausgaben infolge der Gehaltsaufbesserungen, wodurch drei Milliarden Mark notwendig werden. Es wird dann in der Denkschrift gezeigt, wie die deutsche Regierung versuchen werde, den Rebedarf herinzubekommen. Die außerordentlichen Ausgaben sollen im Jahre 1921 bereits sehr stark eingeschränkt werden, nämlich auf 42,5 Milliarden, darunter 26 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages.

Die deutsche Regierung geht dann auf die einzelnen Punkte, welche die alliierten Sachverständigen kritisch vorgenommen haben, ein und widerlegt ruhig und sachlich eine Reihe von Punkten. Vor allem betont sie, daß, um ein gerechtes Bild zu bekommen, man nicht bloß bei den Einnahmen eine Umrechnung in Gold vornehmen dürfe, sondern daß dann auch die Ausgaben in Gold umgerechnet werden müßten. Wenn man das Verhältnis, das die alliierten Sachverständigen selbst angenommen haben, zugrunde legt, dann würde im Hauptjahr für 1920 die laufenden Ausgaben für die ganze Reichsverwaltung einschließlich der Wehrmacht von 23 Milliarden Papiermark auf 900 Millionen Goldmark zurückgeführt, und die Meinung, als ob noch eine Reihe von Milliarden bei der eigentlichen Reichsverwaltung gespart werden könnten, ist irrig. Bei allen Sparversuchen wird man niemals dazu kommen, Milliarden zu gewinnen in einem Umfang, daß damit auch nur annähernd die Wünsche der Gegner befriedigt werden könnten.

Der zweite Teil der Denkschrift geht dann im einzelnen auf die Bemerkungen der Alliierten bezüglich der deutschen Einnahmen ein. Es werden die Erwartungen der alliierten Sachverständigen, daß aus den bestehenden direkten Steuern sehr große Mehrbeträge gegenüber dem Vorschlag gewonnen werden könnten, im einzelnen nachgeprüft. Es wird vor allem die Frage der indirekten Besteuerung und inneren Ausschüttung kritisch gewürdigt. Es wird gezeigt, daß sich auch hier das Belastungsbild in jedem Augenblick mit der Kaufkraft der Mark verändert und daß infolge dessen überhaupt durch eine Umrechnung in Gold kein klares Bild gewonnen werden könne. Es wird weiter gezeigt, zu welchen falschen Schlüssen man kommen müßte, wenn man nur die Steuerhöhe oder das Steuerergebnis einzelner Steuern in Goldmark errechnet. Will man die Goldumrechnung wählen, so muß man das ganze Steuersystem in Betracht ziehen, muß weiter die Volkseinkommen in Gold umrechnen und daraus den Belastungskoeffizienten ziehen. In diesem Zusammenhang weist die Denkschrift auf die Schaffung des gegenwärtigen Minimaleinkommens an der Hand des Ergebnisses des Lohnabzuges hin und errechnet aus dem gesamten Volkseinkommen in Papiermark. In Gold umgerechnet ergibt sich aber bei 60 Millionen Bevölkerung auf den Kopf derselben ein Jahreseinkommen von 290 1/2 Goldmark. Hierin drückt sich die ganze Verzerrung des deutschen Volkseinkommens aus. Wenn man nicht nur die Steuerhöhe, sondern auch das Einkommen in Gold umrechnet, dann erkennt man erst die starke Verbelastung, die bereits durch den Eigenbedarf des Reiches auf dem deutschen Volk ruht.

Besüglich der indirekten Steuern werden dann die einzelnen Steuerarten kritisch geprüft. Auf dem Alkohol erwartet man bereits für 1922 durch Verbrauchsvermehrung und Steuererhöhung einen Mehrbetrag von 2 1/2 Milliarden Papiermark. Trotz dieser Steuererhöhungen werde auf die Dauer kein besonders großer Mehrertrag über den eigenen inneren Bedarf zu erzielen sein. In der Schlussfolgerung wird dies ausdrücklich bargelegt und vor allem gezeigt, daß es absolut unmöglich sei, die in den Pariser Beschlüssen geforderten Gesamtannuitäten auf dem Wege der Besteuerung aufzubringen.

(Weitere Nachrichten siehe Seite 7.)

Erste 8
 1. Aufl.
 2. Aufl.
 3. Aufl.
 4. Aufl.
 5. Aufl.
 6. Aufl.
 7. Aufl.
 8. Aufl.
 9. Aufl.
 10. Aufl.
 11. Aufl.
 12. Aufl.
 13. Aufl.
 14. Aufl.
 15. Aufl.
 16. Aufl.
 17. Aufl.
 18. Aufl.
 19. Aufl.
 20. Aufl.
 21. Aufl.
 22. Aufl.
 23. Aufl.
 24. Aufl.
 25. Aufl.
 26. Aufl.
 27. Aufl.
 28. Aufl.
 29. Aufl.
 30. Aufl.
 31. Aufl.
 32. Aufl.
 33. Aufl.
 34. Aufl.
 35. Aufl.
 36. Aufl.
 37. Aufl.
 38. Aufl.
 39. Aufl.
 40. Aufl.
 41. Aufl.
 42. Aufl.
 43. Aufl.
 44. Aufl.
 45. Aufl.
 46. Aufl.
 47. Aufl.
 48. Aufl.
 49. Aufl.
 50. Aufl.

Gegen die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer!

In Punkt 10 des Moskauer Tittats haben die Kommunisten befohlen, den Befehl bekommen, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaften zu führen und mit allen Mitteln... die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen. In Punkt 9 des genannten Tittats haben sie den weiteren Befehl bekommen, insofern möglich und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter zu entfalten. ... Kommunistische Ziele in zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Das Ziel der Kommunisten ist die Auslieferung der selbständigen deutschen Gewerkschaften an die Kommunistenzentrale in Moskau. Da den Kommunisten bei dem Kampf um dieses Ziel die heutigen unabhängigen und mehrheitssozialistischen Verbände und Funktionäre der Gewerkschaften im Wege stehen, so ist jenen in Punkt 2 des Moskauer Tittats außerdem befohlen worden, regelmäßig und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung... die reformistischen und Zentrumsleute (Unabhängige) zu entfernen und sie durch Kommunisten zu ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an die Stelle von erfahrenen Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

Diesen Befehlen von Moskau entsprechend haben die Sekretäre der kommunistischen Partei Deutschlands, Sedert und Brandler, gehandelt. Sie haben seit Monaten die deutschen Gewerkschaften als „gelbe Verbände“ beschimpft und die von den Mitgliedern auf ihre Kosten gestellten Leiter der Verbände auf das Struppelsteck heruntergerissen. Sie haben in den Verbänden „Zellen“ gebaut, haben diktatorisch geleitete Organisationen innerhalb der Verbände geschaffen und zuletzt noch den Versuch unternommen, die „Zellen“ zu einer von Moskau abhängigen, kommunistisch geleiteten Reichsfraaktion zusammenzuschließen. — Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hatte bekanntlich für diese gewerkschaftszersplitternde Tätigkeit so wenig Verständnis, daß er die Organisatoren der kommunistischen Sonderbestrebungen kurzerhand aus dem Verbande ausschloß, als sie eine kommunistische Bauarbeiterkonferenz nach Halle einberiefen, und daß er allen denen, die an der Konferenz teilnahmen, ebenfalls den Ausschluß aus dem Verbande ankündigte. Von den führenden Kommunisten wurde das feste Zupacken des Bauarbeiterverbandes vorangetrieben zu einer noch kräftigeren Seite gegen den gesamten Vorstand benutzt. Auf der kommunistischen Reichskonferenz in Halle wurde es so dargestellt, als ob die Organisatoren eines kommunistischen Bauarbeiterbundes aus dem Bauarbeiterverbande entfernt worden wären, weil sie der kommunistischen Partei angehören, und als ob nun das Säubern aller oppositionellen Elemente aus den Gewerkschaften und damit die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung begonnen habe.

Mit dieser lügenhaften Agitation fest sich der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes in einem hohen erzielbaren Wert für seine Funktionäre auseinander. Er wies darauf hin, daß die Sedert, Brandler und Bachmann nicht ausgeschlossen worden sind wegen ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei, sondern weil sie Feinde der Gewerkschaften sind und weil sie diese ihre Feindschaft zum Schaden der Gewerkschaften seit langem praktisch betätigt haben: Menschen, die ihren Verband als „gelbe Gewerkschaft“ beschimpfen, die Verbandstagsbeschlüsse mißachten, die Selbständigkeit und die demokratische Ordnung des Verbandes durch Gründung von Organisationen innerhalb des Verbandes bedrohen und den Verband selbst an die kommunistische Zentrale in Moskau ausliefern wollen, können nicht erwarten, daß ihnen der Verband Gelegenheit zu seiner Zerstörung in seinen eigenen Reihen gibt.

Die Kommunisten tun heute so als wollten sie die Einheit der Gewerkschaften wahren erhalten und als sei diese Einheit von der „Gewerkschaftsbürokratie“ droht. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes weist demgegenüber darauf hin, daß die deutschen Kommunisten von der kommunistischen Internationale in Moskau folgenden Befehl bekommen haben:

„Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaften höher stellen als ihre Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückweichen, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfs zu machen.“ (Leitsätze und Statuten der kommunistischen Internationale Seite 63.)

Aus diesem Satz schlußfolgert der Vorstand des Bauarbeiterverbandes, daß die Kommunistenzentrale in Moskau den Kommunisten das Verbleiben in den deutschen Gewerkschaften nur so lange gestattet, wie diese ihre Tätigkeit für die Auslieferung der deutschen Gewerkschaften an die kommunistische Partei umgekehrt und mit Aussicht auf Erfolg ausüben können. Sei das nicht mehr der Fall, so seien die deutschen Kommunisten zur Spaltung der deutschen Gewerkschaften verpflichtet. Umsoweniger dürften sich die Gewerkschaften die Zersplitterungsarbeit in ihren eigenen Reihen länger gefallen lassen. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes ermahnt die Verbandsfunktionäre, die Wählerkreise der Kommunisten innerhalb des Verbandes aufs genaueste zu beachten und den Verbandsvorstand in seinen Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit des Verbandes zu unterstützen. Diese Mahnung ist auch an die Funktionäre aller anderen Gewerkschaften zu richten. Wie notwendig das ist, geht nicht nur aus den Moskauer Befehlen, sondern auch aus den Ausführungen der kommunistischen Führer auf der Halle'schen Konferenz hervor. Dort forderten die Kommunisten — weil sie sich offenbar heute zur Spaltung der Gewerkschaften noch zu schwach fühlen — ihre Anhänger ausdrücklich zum Verbleiben in den Verbänden auf. „Wir wollen nicht einen Bruchteil“, sagte der kommunistische Sekretär Sedert, „wir wollen die ganze Organisation. Wir wollen nicht nur einen Verband, wir wollen die ganzen Gewerkschaften. Es handelt sich nicht darum, unseren Willen durchzusetzen, sondern der Weltrevolution zu dienen“. Und der kommunistische Sekretär Brandler sagte: „Es wäre für die Kommunisten ein leichtes, einen neuen Verband zu gründen. Die Kommunisten müßten aber den ganzen Verband haben. Kein Mitglied dürfte jetzt austreten, das sei fahnenflucht. Die nächste Forderung, die an die Mitglieder der Opposition zu stellen sei, wäre, sofort straffe Fraktionen in jedem Zweigverein zu bilden, die vor jeder Versammlung und vor jeder Vorstandssitzung Politik und Taktik festlegen müßten. („rote Fahne“ vom 2. Februar.)

Was die Kommunisten wollen, ist somit vollkommen klar. Es wird an den vernünftigen denkenden Gewerkschaftlern liegen, die Berrücktheit ihrer Verbände durch die Kommunisten unumstößlich zu machen, indem sie die Masse der Mitglieder darüber aufklären, wozum es den Kommunisten in den Gewerkschaften geht.

Aus der Schlußfassung des internationalen Sozialistenkongresses Ein Rekorte mit den Franzosen

In der Schlußfassung des internationalen Sozialistenkongresses in Wien wandte sich Dr. Otto Bauer gegen die französischen Sozialisten. Er erkannte die Schwierigkeiten, auf die die französischen Sozialisten in ihrem Lande stoßen, an. Er sei sich auch dessen bewußt, daß die französischen Sozialisten der deutschen Arbeiter in Nordfrankreich einen starken Haß gegen Deutschland erweckt hätten. Dessen ungeachtet dürften sich aber die französischen Sozialisten nicht abhalten lassen, dem französischen Militarismus entgegenzutreten. Jetzt handle es sich darum, die Solidarität des internationalen Proletariats herbeizuführen. Auch die österreichischen Sozialisten hätten sich lange Zeit hindurch mit weiten Kreisen der Bevölkerung

während des Krieges in Widerspruch gesetzt. Das, worauf es jetzt ankomme, sei, daß das Proletariat einig zusammen gehen müsse.

Die mit großem Beifall aufgenommene Rede hatte eine temperamentvolle Gegenrede des Franzosen Renaudel zur Folge, der zwar die Ausführungen Bauers im großen und ganzen billigte, aber den jetzt in Frankreich herrschenden Militarismus zu begründen und zu erklären suchte. Die Rede Renaudel brachte die Versammlung in große Erregung, es kam aber zu keinem offenen Konflikt, zumal der Sprecher der englischen Sozialisten die Rede Bauers voll inhaltlich unterstützte. Schließlich fand die Szene ihren Abschluß durch eine Erklärung des Franzosen Longues, daß das französische Proletariat sich der Pflicht des Kampfes gegen den französischen Kapitalismus bewußt sei.

Die deutschen Delegierten beteiligten sich nicht an der Aussprache, sondern behielten sich während der ganzen Debatte ruhig. Am Nachmittag fand dann die Konferenz unter Abfassung der Arbeitermarke und des Aufrufes auf das internationale Proletariat ihren Abschluß.

Die „Arbeiterzeitung“ meldet, hat das Exekutivkomitee zur internationalen Arbeitergemeinschaft der sozialistischen Parteien ein fünfgliedriges Büro gebildet, in das Adler, Wien, Grimm, Schwelm, Lebebour, Berlin, Longues, Paris und Wallhede-Mandjesier als Mitglieder gewählt wurden.

Der belgische Ministerpräsident klagt über zu viel Kohlen

Die Entlassung belgischer Bergleute Wie in Frankreich, müssen nun auch in Belgien Bergleute feiern, weil das frierende Deutschland mit seinen in Folge von Kohlenmangel feindlichen Arbeitlosen zu viel Kohlen an das Ausland liefern muß. Fortdauernd entlassen die belgischen Grubendirektionen Arbeiter.

Der belgische Ministerpräsident Carton de Wiart ist daher über die Fülle von Kohlen, mit denen Deutschland Belgien überladen muß, entsetzt. Er sprach in dem Brüsseler Vertreter des „Petit Parisien“ folgende Erklärung:

„Wir haben augenblicklich eine tatsächliche Kohlenkrise, die dazu zwingt, daß gewisse Betriebe ihre Produktion einschränken und ihre Arbeiter verabschieden. Eine der Ursachen dieser Krise ist die Überfülle deutscher Kohlen. Infolge der Auslieferung des Bezugs sind wir, so paradox es klingt, mit deutschen Kohlen überlastet. Andererseits aber leiden wir infolge der Nichtausführung gewisser Bestimmungen, die Deutschland besser respektieren könnte.“

Der letzte Satz ist offenbar nur niedergeschrieben, weil der belgische Ministerpräsident irgend eine Form finden muß, um sich trotz seiner Sorgen mit der Entente-Politik gegen Deutschland solidarisch zu erklären. Die Gemeingefährlichkeit des kapitalistischen Imperialismus für die Proletarier aller Länder kann nicht deutlicher gezeigt werden, als es der herrliche Staatsmann hier tut. Welt man uns unsere unerbittlichen Kohlen nimmt, müssen die belgischen Bergleute hungern.

Alig benutzt, könnte dieses Elend der Massen des Auslandes eine Wendung der Weltpolitik einleiten. Aber hürdetliche und auch halbbürgerliche Regierungen in Deutschland sind nicht imstande, die gemeinsamen Interessen der Proletarier aller Länder aufzugreifen und zum Nutzen ihres Landes zu lenken.

Die Familie Croq

Die hochkonterbaltige „Kreuzzeitung“ entnimmt der Brüsseler Zeitung „Le National“ folgende Notiz: Am 22. Januar wurde vor dem Gericht in Valenciennes über den Antrag der Familie Croq verhandelt auf Aufhebung der Sequestration ihrer Güter, nämlich des Waldes von Von Secours und des Schlosses Cermitage. Die Herzoginmutter von Croq, Prinzessin von Anenberg, wohnt in Schloss Solitude in Oudergheim bei Brüssel, und ihre Söhne Herzog Carl, sowie die Bringen Herzog Albert und Anton, früher in Paris, jetzt in Brüssel wohnhaft, geben an, die Herzogin sei belgischer, die Bringen französischer Staatsangehörige; ferner sei Herzog Carl kein deutscher Unterthan. Der Vertreter der Antragsteller, Rechtsanwalt Delcourt, behauptete, die Herzogin sei belgischer Staatsangehörige. Er führt das alte Geschlecht der Croq an: Generalleutnant des Königs

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert. (Fortsetzung.)

Sehr vorsichtig, um die Lage des Fußes nicht zu verändern, zog man den Kasten ab, worauf sich ein gräßlicher Anblick bot. Der Fuß war so geschwollen, daß die Haut überall zu plätzen drohte, der Druck der kunstvollen Maschine hatte überall die Blutströme erzeugt. Hippolyte hatte wohl über Schmerzen geklagt, doch hatte niemand darauf geachtet. Man mußte man eingestehen, daß er doch wohl nicht grundlos geklammert hatte. Man ließ ihn ein paar Stunden lang ohne Schienen liegen; kaum aber war die Geschwulst etwas abgefallen, so hielten die beiden chirurgischen Genies es für angebracht, ihn wieder in den Apparat zu pressen, den sie noch ein wenig weiter zogen, um die Sache zu beschleunigen. Nach drei Tagen aber konnte Hippolyte es nicht mehr aushalten, und sie mußten ihn von neuem befreien. Diesmal sah die Sache noch unheimlicher aus als immer aus. Hippolyte hatte das ganze Bein ergriffen, das von oben bis unten mit Wäsen bedeckt war, aus denen eine schwarze Flüssigkeit sickerte. Das sah denn doch wirklich nicht mehr schicklich aus. Hippolyte wurde ungeduldig, und die alte Madame brachte ihn in den kleinen Saal neben dem Wohnzimmer, damit er ein wenig Privilegium habe.

Der Steuereinsnehmer aber, der dort jeden Tag zu Mittag aß, beklagte sich bitter über diese Gesellschaft, worauf Hippolyte in das Billardzimmer gebracht wurde. Da lag er nun jammernd unter seinen großen Beinen, hoch mit langem Bart und eingefallenen Augen, und wälzte seinen schweißbedeckten Kopf auf den schmutzigen Kopskissen, auf denen die Fliegen herumspazierten. Madame Bovary besuchte ihn, brachte ihm Reinwand für Umschläge, tröstete und ermutigte ihn. Es fehlte ihm übrigens nicht an Gesellschaft, besonders an den Kartilagern, nicht, wenn die Bauern vor seinem Bette Pillard spielten, sich mit den Quereis hielten, rauchten, tranken, sangen und spektakelten.

„Wie geht's?“ fragten sie Hippolyte und schlugen ihn auf die Schulter. „Dide tun kannst du wohl gerade nicht mit deiner Gesundheit, aber da bist du selber schuld. Deshalb machst du auch solche Gesichtchen?“

Und sie erzählten ihm von Leuten, die auf eine ganz andere Art geheilt worden seien, und fügten im Tone des Trostes hinzu: „Du läßt dich auch viel zu viel gehen! Steh doch mal auf! Laß dich nicht plagen wie ein König. Aber weißt du, alter Kerl, du riechst nicht gut...“

Der Brand stieg allerdings immer höher; der Kainisgeruch wurde immer übermächtiger. Roboch war schon ganz krank davon. Er kam jede Stunde, jeden Augenblick. Hippolyte blühte ihn mit großen angstvollen Augen an und jammerte schluchzend:

„Bann ihn ich denn endlich gesund? ... Reiten Sie mich ... helfen Sie mir doch ... ich armer Mensch ... ich armer Mensch!“

Der Doktor ging wieder fort und empfahl ihm nur strenge Diät.

„Höre nicht auf die, Junge“, sagte Frau LeFrançois, „die haben dich doch wohl genug gequält. Du wirst noch ganz von Krämpfen tonnen. Da nimm!“

Und sie brachte ihm eine gute Dosis, ein schönes Stück Weizen oder Spelz und manchmal sogar ein Glaschen Brantwein, das er aber nicht zu trinken wagte.

Als der Abbé Bourneisien hörte, daß es so schlimm mit Hippolyte hand, suchte er ihn auf. Er bemitleidete ihn zuerst wegen seines Leidens, sagte dann, er solle sich über diese Prüfung freuen, weil sie der Wille des Herrn sei, und die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, sich mit dem Himmel zu verbinden. „Denn“, fuhr der Geistliche in väterlichem Tone fort, „du hast bis jetzt deine religiösen Pflichten sehr vernachlässigt. Man sah dich sehr selten in der Kirche! Wie lange ist es her, daß du nicht mehr zum Tische des Herrn gegangen bist! Deine Arbeit und der Lärm der Welt haben dich die Sorge um dein Seelenheil vergessen lassen. Jetzt aber ist die Stunde der Einsicht gekommen. Verzweifle aber nicht: ich habe große Sünden gekannt, die, als sie vor dem Richterstuhl Gottes erschienen sollten, sich wehrten, mit dir ist es noch nicht so weit, mein Junge, sein Erbarmen ansehnen und mich vorbereitet gestorben sind. Geseh wir, daß du uns wie jene ein gutes Beispiel gibst. Was könnte dich auch davon abhalten, jeden Morgen und Abend ein „Gegrüßet seist du, Maria“, oder ein „Vater unser“ zu beten? Tue es doch, mir gütlich! Was machst es dir weiter aus? Willst du es mir versprechen?“

Der arme Teufel versprach es. Der Pater kam auch an den folgenden Tagen wieder. Er plauderte mit der Wittin, erzählte sogar mit Scherzen unternichtete Anekdoten, machte Wortspiele, die Hippolyte nicht verstand, lenkte bei jeder passenden Gelegenheit das Gespräch auf religiöse Dinge und machte dazu sein würdiges Gesicht. Sein Eifer schien bei dem Patienten nicht verloren zu sein; denn bald darauf versprach er eine Wallfahrt nach Von-Secours zu unternehmen, sobald er gesund geworden, worauf der Abbé erwiderte, daß niemand etwas dagegen haben dürfe; es könne nichts schaden, nur nützen.

Der Apotheker ärgerte sich über die „Mandor des Priesters“, behauptete, sie schädeten dem Gesundungsprozeß Hippolytes und setzte der Witwe LeFrançois zu. „Rufen Sie ihn doch auf!“ Sie schätzten sein moralisches Gefühl mit ihrem Wohlwollen“, sagte er.

Die gute Frau hörte aber nicht auf ihn. Er war ja an allem schuld. Aus Widerspruchsgelust hing sie sogar am Kopfende des Bettes einen hochgefüllten Weinglaserfessel und einen Strauß weißer Nelkenhähnen auf.

Zimmerlich schien dem Kranken die Religion ebensowenig wie die Ehrwürde zum Heile anzuschlagen, der Brand hielt das ganze Bein hinauf, bis zum Leib. Man konnte Hippolyte noch so viel Kränzen geben und Umschläge machen, die Kräfte ließen von Tag zu Tag mehr, und zum Schluß antwortete Racl mit einem bedauernden Kopfschütteln, als die alte LeFrançois fragte, ob man nicht einmal den Herrn Gombel aus Neufchâtel, eine medizinische Autorität, kommen lassen sollte.

Dieser Herr Gombel, ein Mann von fünfzig Jahren, der einen guten Namen und ziemlich viel Selbstbewußtsein hatte, genierte sich nicht, verächtlich zu lachen, als er das bis zum Knie total verweste Bein sah. „Denn erkläre er rund heraus, es müßte amputiert werden, und begab sich in die Apotheke, um über die Eitel herzugehen, die den unglücklichen Menschen in diesen Zustand gebracht hatten. Er packte Herrn Somais an einem Rockhose, schüttelte ihn hin und her und polierte ihn ab. „Das sind die Packer Erfindungen! Das sind die Ideen der Herren aus der Dampfstadt! Das ist dieselbe Geschichte wie mit den Schießwaren, dem Chloroform und all den Zaubereien, die der Staat einfach verboten sollte! Aber man will nunmal Klug sein, stopft die Patienten mit Medizin voll und kümmert sich den Teufel um die Folgen! Wir treten nicht so breitspurig auf die andere; wir spielen uns nicht wie die Gelehrten und Laufburschen auf. Wir sind Praktiker, wir helfen unsere Leute und bilden sie, wir sorgen nicht ein wenig vorzüglich befördert, operieren sie müssen. Einen Klumpfuß operieren! Als ob das überhaupt möglich wäre! Das ist ja, als ob man einen Buckel gerade machen wollte.“

Diese Reden waren Somais sehr peinlich, doch verbar er sein Unbehagen unter einem wahren Höflingslächeln, denn er wollte es mit Herrn Gombel, dessen Recepte manchmal bis in seine Apotheke gelangten, nicht verderben. Er nahm dem armen Bovary auch gar nicht in's Gedächtnis, verlegnete sogar um des Geschäftes willen dreimal seine Prinzipien und seine Würde.

(Fortsetzung folgt.)

(von Frankfurt) Franzosen Prinzen ihr maligen Verzug zu verbären der Herzogin den Antrastierte Staffens behalten. für, daß sie in 14 Tagen wie die... Die... De... verstorbenen... H... M... er... des ebem... um eines... sich die... juchen...

Berlin, das Haus

Berat... fort. Hier... die auf... Maß... durch beam... Entlassung... genommen

polemische

hemische, de... und verlang... den Punkt... in den Sta... vertrag v... sollen 25... Steuerge... um sie nad... Maßsch... für die de... begehrt... richtig ge... damit ge... daß sowohl... Rechten ei... Kästen un... deutschen... Arbeiter... Kinder hab... Zukunft a... sprechen, d... Wenn man... mindern, d... beln und... ungen zu... Arbeit für... wenden. A... Bestarp al... habe, eine... Wege der... belasten, d... Arbeit... anal der F... gegen die... Steuer... sen, sei... der selbst... die Deutse... Verfahren... Schube die... neue Straf... vom Gebirg...

Die M...

der... Rom Dr...

Als u...

Unterang... Verfall de... Erneuerung... und Gesch... weiler und... ger, Dietm... freien Rei... her rechtlo... zum Kamp... rechtliche... dessen Ver... (Rüste)... Deutschlan... begleitete... Augen Ob... meinam d... bei die G... ihrer M... Einfluß be... (Entgang... tüchtigen... bezeugt f...

Die M...

der... Rom Dr...

Als u...

Unterang... Verfall de... Erneuerung... und Gesch... weiler und... ger, Dietm... freien Rei... her rechtlo... zum Kamp... rechtliche... dessen Ver... (Rüste)... Deutschlan... begleitete... Augen Ob... meinam d... bei die G... ihrer M... Einfluß be... (Entgang... tüchtigen... bezeugt f...

Die M...

der... Rom Dr...

Als u...

Unterang... Verfall de... Erneuerung... und Gesch... weiler und... ger, Dietm... freien Rei... her rechtlo... zum Kamp... rechtliche... dessen Ver... (Rüste)... Deutschlan... begleitete... Augen Ob... meinam d... bei die G... ihrer M... Einfluß be... (Entgang... tüchtigen... bezeugt f...

Die M...

der... Rom Dr...

Als u...

Unterang... Verfall de... Erneuerung... und Gesch... weiler und... ger, Dietm... freien Rei... her rechtlo... zum Kamp... rechtliche... dessen Ver... (Rüste)... Deutschlan... begleitete... Augen Ob... meinam d... bei die G... ihrer M... Einfluß be... (Entgang... tüchtigen... bezeugt f...

(von Frankreich). Gouverneur von Cambé, Rats von Frankreich, Franzosen von Geburt und Geburt. Er wies nach, daß die Prinzen ihre Einziehung zu den deutschen Exzellenzen nur ihrer damaligen Anwesenheit in Deutschland und dem auf sie durch ihren Vormund, einen deutschen General, ausgeübten Zwang zu verdanken hätten. Die belgische Staatsangehörigkeit wurde der Herzogin zugesprochen. Die Staatsanwaltschaft wies aber den Antrag der Söhne ab, da sie ihre französische oder belgische Staatsangehörigkeit nicht nachweisen konnten, der sie übrigens verlustig gegangen wären im Augenblick, wo sie die Waffen gegen Frankreich und dessen Bundesgenossen ergriffen hätten. Außerdem erbrachten sie keinen glaubhaften Beweis dafür, daß sie nur unter Zwang gehandelt hätten. Das Urteil wird in 14 Tagen gesprochen werden. Soweit die belgische Zeitung, wie die „Kreuzzeitung“ hinzufügt.

Die Herzogin von Croix ist, wie die „Frankf. Bl.“ feststellt Deutsche sowohl von Geburt wie durch ihre Heirat mit dem verstorbenen Herzog von Croix-Dillmen; dieser war deutscher Fürst, Mitglied des preussischen Herrenhauses. Die drei oben erwähnten Söhne waren deutsche Offiziere, Mitglieder des ehemaligen Hauses der edlen und erlauchten Herren, die so um eines Baldes und eines Schloßes willen so rasch wie möglich die preussische deutsche Staatsangehörigkeit loszuwerden suchten. Triestier seiner Majestät!

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. März. Nach Erledigung einiger Anfragen steht das Haus die

Beratung des Haushalts des Finanzministeriums fort. Hierzu lag ein Antrag Müller-Frankens (Soz.) vor, daß die auf Privatbesitz verfallenden Vermögensgegenstände des Reichsbesitzes nicht zu dem Zweck entlassen werden, um sie durch beamtete Arbeitskräfte zu ersetzen und daß ferner die Entlassungen wegen Arbeitsmangels in einer Reihenfolge vorgenommen werden, die den gesellschaftlichen Forderungen entspricht.

Abg. Keil (Soz.) polemisiert zunächst gegen Dr. Helfferich, der sich vergebens bemüht, den Abgeordneten den Reichstag rein zu waschen, und verlangt dann vom Minister Auskunft und Aufklärung über den Punkt, daß die für die Ausführung des Friedensvertrags in den Etat eingestellten Mittel höher seien, als im Friedensvertrag vorgesehen sei. Z. B. seien für die Besetzung der 25 Millionen angesetzt. Wir möchten uns über die Steuererhebung der Entente ein klares Bild verschaffen, nicht um sie nachzuahmen, sondern nur um in einzelnen Fällen gute Maßschläge zu finden. Wichtig ist es, daß ein Staatssekretär die deutsche Steuerkraft in Prüfling noch nicht als erschöpft bezeichnet habe. Das sei politisch würdevoll und materiell unrichtig gewesen. Staatssekretär Schröder habe die Entente damit gegen uns aufgehetzt. Wisse dieser Mann nicht, daß sowohl die Besitzsteuer wie andere Steuern nur nach Zahlen eingehen und daß 10-12 Milliarden von Schiedern in Aktien und Kisten verpackt liegen? Ueber die schwere Not der deutschen Millionäre habe Schröder geflötet. Ueber die Not der Arbeiterschaft, über die Tuberkulose und das Massensterben der Kinder habe er kein Wort gesagt. Den Minister ersuche er, in Zukunft auch einmal vor einem Arbeiterauditorium zu sprechen, damit er ein klares Bild der Stimmung erhalte. Wenn man beabsichtige, um die Steuererhebungskosten zu vermindern, den Steuerabzug in eine feste Lohnsteuer umzuwandeln und es beim Abzug für 1920 zu belassen, ohne Nachforderungen zu erheben, so brauche man jetzt doch nicht Mühe und Arbeit für eine nachträgliche Veranlagung von 1920 aufzuwenden. Wenn die bürgerlichen Parteien glauben, wie es Graf Westarp als Vorbedingung der bürgerlichen Einigung verlangt habe, einen Steuerblock bilden zu können, um auf dem Wege der indirekten Besteuerung die Arbeiter nach Wunsch zu belasten, dann werde das Bürgerturn eine geschlossene Arbeiterfront gegen sich finden, wie das 1912 schon einmal der Fall gewesen sei. Der Kampf der Reichsparteien gegen die Besitzsteuer trage die Schuld an dem Niedergang der Steuerkraft. Diese Leute auf Herz und Nieren zu prüfen, sei Sache des Ministers. Im Gegensatz zu Erzberger, der selbst die Aufhebung seiner Immunität beantragte, haben die Deutschnationalen durch ihren Antrag die Einstellung des Verfahrens gegen den Reichstag durchgesetzt. Unter dem Schutze dieser Immunität habe man den Reichstag für eine neue strafbare Handlung begangen durch Lösung des Siegels vom Geldschrank. Ich frage den Finanzminister, was er gegen

den Vorsitzenden des Finanzamtes Rohwinkel zu tun gedenkt. Der Staatsanwalt will gegen den Siegelbruch nicht vorgehen wegen der Immunität des Abg. von den Reichstagen. Diese Immunität kann sich aber nicht auf die neue strafbare Handlung erstrecken. Was will der Finanzminister unternehmen gegen diese Korruption, die sich darin zeigt, daß wichtige Steuerbeamte durch die Großindustrie wegengolpert werden? Wie ist es möglich, daß trotz des Reichsnotens gewisse Kapitalisten nach dem Kriege reicher geworden sind als vorher? Wie kann sich Herr Sinnes immer noch weigern, seine Steuererklärung abzugeben? (Hört, hört!) Wir verlangen auch Klarheit über den Fall Erzberger. Gegen ihn wird aber in immer häufigerer Weise vorgegangen, in einer Weise, die man als unwürdig bezeichnen muß; gegen ihn wird gekämpft von Steuerdrückbergern.

Abg. Dr. Helfferich (D.N.) gibt im Namen seiner Fraktion folgende Erklärung: Die deutschnationale Fraktion hat eingehend die Beschuldigungen gegen den Abg. von dem Reichstag geprüft mit dem Ergebnis, daß alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach den amtlichen Ermittlungen nicht erwiesen sind. Die Erklärung wendet sich weiter gegen die politische Ausschließung des Falles von dem Reichstag und spricht sich dahin aus, die deutschnationale Fraktion werde der geschichtlichen Klärung keine Hindernisse bereiten. Der Redner ergänzt die Erklärung dahin, sämtliche Beschuldigungen haben sich als unrichtig erwiesen. Nach Zeugen ist von einem geschäftlichen Ergebnis des Finanzamtes Rohwinkel keine Rede. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es wurde anerkannt, daß der Abg. von dem Reichstag alles zur Aufklärung des Falles getan hat. (Lebhafte Widerspruch bei den Soz.) Bei der Entwendung der Akten sind die Reichstag entlassenen Akten verschwinden. (Lachen bei den Soz.) Unter diesen Umständen ist es nicht zu billigen, wenn ein schwebendes Verfahren angegriffen wird. Unsere Delegierten sind in London, während Sie (zu den Soz.) hier so ein Schauspiel aufzuführen. (Großer Lärm bei den Soz. Aufre.) „In keinem Parlament der Welt dürfte ein Helfferich so auftreten!“ Ich bedauere, daß der Abg. Keil einem unserer Vertreter in London so in den Rücken gefallen ist. (Zurufe: „Dr. Verheul!“) Sie wollen jetzt schon die indirekten Steuern als Agitationsmittel benutzen, die durch Ihre Schuld notwendig geworden sind. (Lärm bei den Soz.) Wir werden Ihnen das verzeihen.

Reichsfinanzminister Dr. Wittich: Ich habe mich wiederholt klar nach rechts wenden müssen, besonders wenn bei wichtigen Steuererlagen die Rechte mit der äußersten Linken gemeinsam die Opposition bildete. Die Fälle Erzberger und Reichstag werden eingehend untersucht werden. Die Nachher führen den Spieß jetzt schon um und schreiben in der „Kreuzzeitung“, die Akten des Reichstags seien wohl nur gefälscht worden, um den Fall Reichstag zu ermöglichen. (Lachen.) So dumme, wie mich gewisse Korrespondenten hinstellen, bin ich nicht. Leider schöpfe auch die „Tägliche Rundschau“ aus solchen wilden Quellen. Im Falle Erzberger wird jetzt behauptet, ich hätte in ein schwebendes Verfahren eingegriffen. Die Herren müssen mich doch für sehr dumm halten. Ich habe mich streng gehalten, in das Verfahren eingegriffen. Je mehr ich Zurückhaltung übe, um so bester werden die Angriffe der Rechten. Die „Tägliche Rundschau“ entsetzt sich nicht zu schreiben: „Der Fall Reichstag und der Fall Wittich.“ (Hört, hört!) Auch der Abg. Helfferich ist nicht freizusprechen von der Schuld, diese Dinge zuerst in den politischen Streit gemorren zu haben. Das hat er besonders getan durch seinen Bericht in der Münchener Rede. (Unruhe.) Der Vorsitzende des Finanzamtes in Rohwinkel, Regierungsrat Kaufmann, hat ein Verlangen erklärt, es solle sich nicht um eine gefälschte Ehrenklärung handeln. Er sei nicht von außen beunruhigt worden, habe aber vielleicht zu sehr seiner inneren Überzeugung Ausdruck gegeben. Im Geschäftsbereichsamt wurde er reifliche Aufklärung über diesen Fall und die Angelegenheit Erzberger gegeben. Es lag kein Anlaß vor, den Staatssekretär Schröder, der in Prüfling Sachverständiger war und als solcher einen gewissen Spielraum haben durfte, anzugreifen. Auf die Ansicht des Abg. Keil, als ob unter Etat gewissermaßen freier sei, muß ich entgegennehmen, daß dieses nicht zutrifft. Die ganze Lage hat sich seit dem vorigen Jahre so zu unseren Ungunsten verändert, daß unser Haushalt tatsächlich so schlecht ist, wie er erscheint. Davon kann sich die Entente jederzeit überzeugen. Wir haben für die Sachverständigen der Entente über diesen Punkt eine Denkschrift anfertigen lassen. In den nächsten Tagen werden dem Hause die Verhandlungen der Entente hierzu gehen. Wir haben nur 15,8 Milliarden für die Besetzung in den Etat eingestellt, obwohl normalerweise die Naturalleistungen weit darüber hinausgehen. Das ist den Ministern klargelegt worden. Der Etat für 1921 wird im Reichstag zurzeit beraten. Im Ordinarium werden rund 44,8 Milliarden angefordert werden, die uns nötigen, die Steuern auf das äußerste auszunutzen. Das ist aber bei der Entente nicht anders. Hierzu kommen die ungeheuren Ausgaben, die

früher 28 Milliarden betragen, und außerdem 26 Milliarden für die Besetzungskosten. Hinzu kommt die Tilgung der Anleihen, die Schatzanweisungen usw. Die gesamte Schuldenlast des Deutschen Reiches beläuft sich auf rund 300 Milliarden Mark.

Abg. Düwelle (Komm.) In den Reihen der Konservativen waren seit der größten Steuerdrückberger zu finden. Das zeigt sich im Fall Reichstag.

Abg. Keil (Soz.) kommt auf den Fall Reichstag zurück. Speziell die Mitteilung des Regierungsrates Kaufmann, daß auch persönliche Einträge bei Abfassung seiner Steuererklärung möglich gewesen seien, fordern den schärfsten Widerspruch. In einem Betrug der direkten Steuer ist trotz der Nachhaken der Rechten nicht zu denken. Redner tritt nochmals für die Erlassung des vertriebenen Kapitals ein.

Abg. Eduard Brunsberg (D.N.): Als der Fall Reichstag zur Sprache kam, waren alle Parteien in der Verurteilung einig. Die schiefe die allgemeine Besprechung. Es wird eine Reihe von Paragraphen angenommen. Da § 1 Finanzamt beauftragt Kommissar Düwelle den oben genannten Antrag wegen der Kommissarbefragungen damit, daß überflüssige Beamte nicht mehr Beschäftigte des Reiches bleiben können.

Abg. Simon-Frank: Im Ausschuss muß eingehend geprüft werden, wie der Massenentlassung ein Ende gemacht wird.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, soweit er gegen die Entlassung von Beamten spricht. Der zweite Antrag wird angenommen. Dann wird der Rest des Haushalts des Finanzministeriums sowie der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Wasserstraßen, angenommen.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung: Postgebührenordnung. Kleine Verlagen der Post und Telegraphie. Entlastung der Gerichte.

Reichsfinanzminister Dr. Wittich: Der Reichsfinanzminister Dr. Wittich hat dem Reichstag eine Anleihebedarfsliste für das Jahr 1920 vorgelegt. Nach der Denkschrift, die bis zum September 1919 begebenen Anleihen, die bis auf den Anleihegesetz geleistet, bis zum Abschluß des Rechnungsjahres 1918 endgültig verrechneten Ausgaben umfasst, belief sich der Gesamtbetrag der Anleihebedarfe auf 118 228 902 026 M. Die Summe erhöht sich durch die einzelnen Gesetze aus dem Jahre 1919 bis 1920 bis zu dem Betrage von 253 768 246 284 M., ermäßigt sich jedoch durch Ersparnisse und Anrechnungen von in Zahlung begebenen Kriegsanleihe-Rüden, um 8 067 872 906 M., so daß sich als Gesamtbetrag der Anleihebedarfe 245 700 441 977 M. ergeben. Die Gesamtschuld der Anleihebedarfe begebenen Schuldkapitale betragen am 30. September 1920 224 049 764 881 M. Von den Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 78 397 773 700 M. waren am 30. September 1920 18 121 892 700 M. gleich 23% in das Reichsschuldbuch eingetragen. Der gesamte bis zum 30. September 1920 in Schuldverschreibungen und verzinslichen Staatsanweisungen begebene Anleihebetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4,993%.

Ferner sind dem Reichstag vom Reichspostminister Giesberts die Entwürfe eines Gesetzes über Postgebühren, eines Gesetzes über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der vom Weltpostkongress in Madrid beschlossenen Auslandsgebühren, eines Gesetzes zur Änderung des Postgesetzes vom 26. März 1914 und eines Gesetzes betr. Änderung der Telegraphengebühren vorgelegt worden. Der Reichstag hat dem Entwurf in der vorliegenden Sitzung zugestimmt.

Badische Politik

Ein Waffenlager beim Grafen v. Bodman

Eine aufsehenerregende Mitteilung geht uns vom Ueberlingersee zu. Danach sollen beim dortigen deutschnationalen Grafen v. Bodman (nicht zu verwechseln mit dem ehemaligen Staatsminister v. Bodman, der sich im demokratischen Lager befindet) 1200 Gewehre, 8 Maschinengewehre mit dazugehöriger Munition gefunden worden sein; also Waffenausrüstung für ein ganzes Regiment. Im Zusammenhang damit wird der Name eines Oberleutnants Keller aus Württemberg genannt.

Die Staatsanwaltschaft hat die Sache in der Hand, so daß wir hoffentlich in den allernächsten Tagen authentische Auskunft erhalten können. Ingerben haben die Gerichte alle Ursache, durch Anwendung der vollen Strenge des Gesetzes hier reinen Tisch zu machen. Denn abgesehen von der dieser Tage durch die Presse gegebenen allgemeinen Wutschücheln der Nation hat Land und Volk Baden keine Lust, sich den stetigen Aufbau und die ruhige Ordnung durch Zufahrenstreiche feudaler Herrenmenschen stören zu lassen.

Wieder zwei „politische Außenposten“

Die bereits mitgeteilte, läuft die alldeutsch-nationalliberale Presse unseres Landes Sturm gegen die Abfertigung der Stellen

Die Regenernung u. die Fleischnahrung der freien Reichsstadt Ueberlingen

Von Dr. Edwin Müller, Vorstand des städtischen Preisprüfungsamtes Karlsruhe

Als um die Wende des 18. Jahrhunderts mit dem seit Untergang der Hohentauern schwindendartig fortschreitenden Verfall des mittelalterlichen Lebensstandes die große deutsche Erneuerungsbewegung mit dem Ziele: Befreiung der Adels- und Geschlechterherrschaft und rechtliche Gleichstellung der Handwerker und Bauern die ländlichen Eigenbesitzer der Schwäbischer, Dietmarischen) und die Städte erfasste, waren auch in der freien Reichsstadt Ueberlingen am Bodensee die bisher rechtlos gewesenen Handwerker und bäuerlichen Hinterlassenen zum Kampfe angetreten, um ihre gesellschaftliche und öffentlich-rechtliche Gleichstellung zu erzwingen. Der Ständekampf, in dessen Verlauf (1270) die ganze Stadt in Flammen aufging, endigte mit dem Siege der Bauern- und Handwerkerverbände (Zünfte). Von den blutigen Kämpfen, die in manchen Städten Deutschlands, so in Frankfurt, Köln und Konstantz, den Umständen begünstigt, blieb Ueberlingen glücklicherweise verschont. Die klugen Oberschichten verglichen sich und führten fürderhin gemeinsam die Leitung und Verwaltung des Gemeinwesens, wobei die Gewerkschaften der Bauern und Handwerker vermöge ihrer Macht und wirtschaftlichen Bedeutung den überwiegenden Einfluß besaßen. Den Frieden begründete die „große Einigung“ (Einigung, Janung), deren Grundzüge in dem bald darauf erlassenen Ueberlinger Stadtrecht von Jahre 1298 niedergelegt sind.

Darnach bildeten die Zünfte und Geschlechter zusammen die rechtliche Einwohnergenossenschaft der Gemeinde. Dem „großen Rat“ von 84 zünftigen Genossen und dem „kleinen Rat“ von 20 zünftigen und geschlechterlichen Mitgliedern oblag die gesamte Leitung und Verwaltung des Gemeinwesens. Insbesondere hatte der aus 7 mal 10 Vertretern der Zünfte — Elfer genannt, weil sie den 11 Personen bestehenden Gewerkschaftsbehörden entnommen wurden — den 7 zünftigen Rädtern und den 7 neuen Zunftmeistern des kleinen Rats bestehende

*) Der Bauernkrieg war der letzte Ausläufer dieser Bewegung.

große Rat die Sorge für das gesamte öffentliche Leben der Reichsstadt.

Das Wirtschaftsleben pflegten die 7 gemeindlichen Gewerbezünfte, frei und selbständig, nur gebunden an die Richtlinien und allgemeinen Gesetze der zur Vertretung der Gesamtgemeinde darsitzenden Räte. Der Fleischnahrung waltete die Metzgerzunft. Ihre Pflichten und Aufgaben, wie auch bei den andern Zünften, durch Stadt- und Zunftstatuten genau geregelt. Die Zünfte waren die wirtschaftlichen Arbeitsglieder des Gemeinlebens mit weitestgehender Selbstverwaltung. Im Rahmen ihrer Gewerbeordnung wirkten sie eigenständig, unabhängig und frei von jeder Bevormundung durch die „politische Gemeinde“. So will das Stadtrecht II (um 1400): „daß amman und richter“ (nach den heutigen Begriffen: die öffentlichen Beamten, Staatsanwälte, Richter und Notare) „in den Zünften aßin und nit mit gebrocht werden sônd.“ Also: der Beamte in die Zünfte, das Gewerbe dem Stadtmann!

Als jährlich neu zu wählender Zunftvorstand bezeugt in der Stadtordnung von 1833 wie auch in den späteren Zunftordnungen in jeder Gewerkschaft ein Zunftauschuß von 11 Mitgliedern, die „Elfer“, mit dem Zunftmeister als Obmann, dem ein alter Zunftmeister zur Einführung und Beratung zur Seite stand. Jeder Bürgermeister nach Zunftmeister sollen zweimal hintereinander gewählt werden, jedoch jeder einjährige Mißbrauch ersessener Macht ausgeschlossen war und jeder tüchtige Genosse einmal im Leben Rat oder Zunftmeister werden konnte. Groß war die Macht des Obermeisters und des Zunfttrates. Er war der freigelegte König, in des Wortes ursprünglicher Bedeutung: „ein König über Können, ein Weisender, einer der etwas kann.“ Er war der erste unter Gleichen, dem die Genossen nach erfolgter Wahl unterbrüchlich folgten und Treue hielten. Er übte die Gewerbeaufsicht und die niedere Strafgerichtsbarkeit über Frevel der Gewerbegegenossen, soweit das Vergehen nicht „an Leib und Leben Hals und Hand gehend“ dem „Amman“ (Sal- oder Almann,

*) Das Wort „König“ alt- und mittelhochdeutsch Kuning, Kuning, Kuning kommt von dem Sprachwurzel Ien (gen), Ien (gen), Iun (gen), Iun (gen); Können, wissen, vermögen, zeugen; vergl. Kon-rat (Konrad), Einzer der Rat weiß, Kungunde, die Kunde weiß, die Weisheit, Tacitus schreibt von den Germanen: reges et nobilitate, ducas et virtute sumunt. Ihre Reden (Richter, Volkseleiter) wählen sie aus der geistigen Auslese (Volkswahl, Volkskraft), ihre Vorfürer aus der weisesten tüchtigsten Künigkeit.

dem Stellvertreter der königlichen Gerichtsbarkeit, die sich später mit dem Bürgermeisteramt vereinigten) und dem Schöffen-Rat vorbehalten blieben: „Zunftmeister und die ainkl (ainkl, Elf) in jeder Zunft sollen straffen um sach . . . die ir zunft, gewerch und handwerch anricht, damit ihr ordnung würde gehalten, doch mit dem fürworten, was sich verluess, daß ainer sinen aid oder ere übersaech mit falsch gewicht, Gemürz, schmalz oder andern sach, das soll ainem statamann und dem rate haim-gesetzt werden.“ (Stadtrecht I.)

Rechtfertige Handhabung oder gar vorzüglicher Mißbrauch der Rats- und Gewerbeaufsichtspflicht, sowie Verletzung der Gewerbegehalt als Frevel, als Frevel und Sünde am Gemeinwesen und der Allgemeinheit. Die alle Bürger und Zunfttrats alljährlich ihren Bürger- und Beamten auf Einhaltung der Stadtordnung und Amtspflicht zu schwören hatten, so gelobten die Zünftigen alljährlich in die Hand des Obermeisters die Zunftordnung zu halten und die Gewerbegehalt zu wahren: „Item es moegen auch zunftmeister und die ainkl von den iren gelübd und aid abnemen als bisher, in ihren ordnungen georjam zu sein, es sige zu ainklisen, erschafeln, oder andern dingen“ (Stadtrecht I.)

Vergehen gegen Stadt- und Zunftstatute bestrafte die Strafe des Reineids — nach deutschem Rechte 40 Pfund Pfennig und einjährige Stadtverweisung, nach Einführung des germanisch-mosaischen Strafrechts durch „Carolina“ sogar „Benennung etlicher Glieder“ durch Abhauen der Schwurfinger. Die Straf- und Urfehdbücher geben Zeugnis von der unerbittlichen Strenge des Rates gegen jede Verletzung der Bürger- und Gewerbepflicht. So wanderte im Jahre 1490 der Metzger Vogelers ins Gefängnis. „Uher ursache, daß er Kälber gestochen in der metz; und hat ain schwach (strankes) salz gehabt, das dennoch nit geschawet was; het er das gehent unter die geschaweten frevel, und damit wolt er mit dem lalb ain irug getan haben.“ . . . Urteil: „die Rarte . . . haben“ (aus Urkunden) „die strengheit des an Leib und leben gehenden“ rechtlich abgefeilt und zu recht erkannt und sprechen Peter Vogelers sine ere ab, und daß er als ain mainaidiger gehalten werden solle und sin wil und lebtag kein Fleisch mehr zu bällem lauf bail hab, auch aller lauf, es sige mit schweinen, rindern und andern wick ganz müßig gang.“ Es kam vor, daß Bürger selbst schon bei Versuch des „Falch und Iruges“ des Gewerbegehalts verlustig gingen und als gemeinlich und eheios, „nimmermehr an Rat kommen“, d. h. in den Gemeinde- und Zunfttat gerückt

der Vorstände der Versicherungsämter... die Abgordneten Ziegler, Meier (Centr.) und Markloff (Soz.) in Frage kommen sollen, zu befehlen. Zu dieser Sache...

Die Abgordneten Ziegler und Markloff sind zweifellos Vertreter. Sie sind aber ebenso ungewiss als Arbeitervertreter. Und da betont nun die Reichsversicherungsordnung...

Wie steht es mit der Befähigung? Die darf zum wenigsten beim Zentrumsgewählten Ziegler nicht, der anerkannter Fachmann auf dem Gebiete des Krankenlastenwesens ist, in keiner Weise bezweifelt werden.

Mit der unbestrittenen „fachlichen“ Vereinigung des Verwaltungsjuristen wird nachgerade — auch in diesem Falle wieder — ein wahrer Linnig getrieben, denn in welchem Ressort immer ein leitender Posten zu befehlen ist, der Verwaltungsjurist gilt gewissen Kreisen stets und unbedingt als Fachmann.

So recht das Zentrumsbüro hat — die nationalliberale Clique wird damit nicht bösig berührt sein, da sie nun einmal glaubt, das Referatrecht auf die höheren Verwaltungsstellen gleich welcher Art zu haben.

Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen den Betrag von 500 000 M., der im Bürgerbauförderungsgesetz zur Deckung der aus den Bürgerbauförderungen erscheinenden Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt worden ist, auf 1 Million Reichsmark erhöht. Wie in der Begründung mitgeteilt wird, sind dem Staat aus der Bürgerbauförderung bisher Verbindlichkeiten nicht erwachsen.

Eine Änderung des Kostengesetzes vom 21. September 1908 sieht eine Erhöhung der Gebühren für schriftliche Gutachten und Berichte vor.

Eine Erklärung der badischen Technikerschaft zur Befehung des Präsidentenpostens bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus

Der Vorstand der Landesvereinigung Technischer Vereine Baden erklärt folgende Erklärung: Die vor einigen Tagen der Öffentlichkeit bekannt gemachte Ernennung des neuen Präsidenten der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus ist nunmehr endgültig vollzogen. Die badische Technikerschaft hat durch ihre Beratungen rechtzeitig und mit aller Eindringlichkeit durch schriftliche und mündliche Vorstellungen das Staatsministerium auf die gewichtigen, allgemeinen und besonderen Gründe hingewiesen, die gegen die Berufung eines Nichttechnikers an diesen Posten sprechen.

Das Arbeitsgebiet dieser Behörde, ob sie selbstständig fortbesteht oder ob sie zur Vereinfachung der Staatsverwaltung an das Arbeitsministerium unmittelbar angegliedert wird — eine Lösung, die ohne Zweifel den Vorzug verdient und von Technikerkreisen wiederholt gefordert ist, — umfaßt technische Aufgaben in folchem Umfang und von solcher Bedeutung, daß die Ernennung eines technisch vorgebildeten Leiters mit entsprechender Verwaltungsbegehung als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden mußte. Wenn trotz alledem eine dieser Forderungen widersprechende Befehung beschlossen wurde, so muß darin nicht nur eine unerbittliche Zurücksetzung eines überaus wichtigen Berufsstandes, sondern auch eine Verkennung der größeren Zusammenhänge dieser Einzelfrage mit der brennendsten allgemeinen Gegenwartsfrage, dem Wiederaufbau des gesamten Wirtschaftslebens, erblickt werden.

Niemand wird mit Erfolg bestreiten wollen, daß an der Neubehaltung und Neuordnung der Produktivkräfte die Technik und ihre Träger hervorragenden Anteil haben und nehmen müssen. Die Erfüllung der ihnen damit grundlegend zuzumessenden Aufgabe wird aber zweifellos erschwert, ja unmöglich gemacht,

wenn ihnen dauernd der dazu unbedingt notwendige organisatorische Einfluß an leitender Stelle verweigert bleibt.

Die Berufs- und Gewerbebewahrung stand jedem Bürger frei. Es herrschte Freiheit und Freizügigkeit — doch nur im Rahmen der Gewerbeverfassung, der Genossenschaft, Wer als Meister ein Gewerbe betreiben wollte, mußte der entsprechenden Punkt beitreten, und „wer kein gelerntes Handwerk kann“, mußte sich derjenigen Kunst anschließen, unter die ihn die Kunstmeister „stießen“.

Unverrückbar hielt der Rat bis zum Ende der freien Stadt an dem Wirtschaftsziele fest, jedem Bürger durch Ausübung seines Handwerks und Berufs die Lebensmöglichkeit zu schaffen und ungezügelter Wettbewerb wie auch die Ansammlung übergroßer Vermögen in einer Hand zu verhindern. Verschiedene behagliche Wohlhabenheit war denn auch Jahrhunderte hindurch die Eigenschaft des Weberlinger Bürgerhauses.

Die Gütererzeugung richtete sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Wenn also dem Bürger sein Gewerbe auch keinen allzu großen Gewinn einbrachte, so freute sich doch jedes Haus, einer Art stillen Wohlstandes, Kunstmeisters und Innungsrat sorgten dafür, daß jedermann bei seinem Gewerbebetrieb mit einem sicheren täglichen Verdienst und Absatz rechnen konnte. Diese Sicherheit wurde dadurch noch erhöht, daß zwar die Freiheit nach innen, das Wirken in und mit der Gemeinde und Genossenschaft, unbeschränkt war, daß man aber der wilden, selbstlichen Willkür aus Gründen des Gesamtwohls angemessene Schranken zog. Wenn dieser wirtschaftliche Grundgedanke auch die selbstliche Ausbeutung günstiger Erwerbs- und Gewinnverhältnisse hinderte, so war doch jedem Bürger diejenige Ruhe und nächtliche Dasein sein häusliches und geistiges Leben pflegen und am gefestigten und öffentlichen Leben der Gemeinde- und Kunstgenossen tätigen Anteil nehmen konnte. Und wenn die Gemeinde sich des wirtschaftlichen Wohlergehens eines jeden Bürgers annahm und seinem Meister z. B. ohne Zustimmung von Dr. G. Platon. — Literarische Rundschau: Karl Rumpmann, Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Von F. Laufflotter. — G. Nefftrappe, Die Gewerkschaftsbewegung. Von Hermann Müller. — Dr. Kurt Albert Gerlach, Die Frau und das Genossenschaftswesen. Von Henni Lehmann. — G. F. G. Mafferman, The New Liberalism. Von G. Fehlinger. — Paul Jech, Der Wald. Von A. L.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landes-theater

Gastspiele Martha Moeller aus Sankt Gallen. Für den Rollenkreis des seit Felicitas Beckings Abgang verwaisten Popsens der jugendlichen Heldin empfahl sich Fr. Moeller durch eine geistig durchgearbeitete und warm besetzte Verführung

wenn ihnen dauernd der dazu unbedingt notwendige organisatorische Einfluß an leitender Stelle verweigert bleibt. Die Vertretung der badischen Technikerschaft hat darum allen Anlaß, einmütig und vor aller Öffentlichkeit die Verantwortung für die bedauerlichen Weiterungen und Folgen abzulehnen, die aus dieser durch die Art der Befehung der Präsidentenstelle der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus erneut bestätigten Tatsache zum Schaden der Allgemeinheit entstehen müssen.

Das badische Wappen und die Dienstflagel. Das badische Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 12 enthält die Verordnung über das badische Wappen und die Dienstflagel. Danach besteht das badische Staatswappen aus einem goldenen, mit einem rechten Schrägkappen belegten Schild, der von zwei silbernen Greifen gehalten wird. Die Abbildung oder Verwertung des Wappens zu künstlerischen, kunstgewerblichen oder heraldisch wissenschaftlichen Zwecken steht jedem frei. Im übrigen ist die Verwendung des Wappens nur mit Genehmigung des Staatsministeriums gestattet. Das Staatsministerium und die Ministerien führen zwei Siegel: ein großes Siegel mit dem eben beschriebenen Wappen für feierliche Beurkundungen und ein kleines Siegel, das nur den goldenen Schild mit rotem rechtem Schrägkappen zeigt in allen übrigen Fällen. Alle übrigen staatlichen Behörden bedienen sich lediglich des kleinen Siegels. Das Landesobergericht, der Verwaltungsgerichtshof und der Staatsgerichtshof bedienen sich jedoch bei der Ausfertigung ihrer Urteile des großen Siegels. Die Siegel werden von der Münzverwaltung in Karlsruhe angefertigt.

Die badischen Landesfarben. Das badische Staatsministerium hat angeordnet: Die Landesfarben sind gelbrot. Die badische Flagge besteht aus zwei gelben und einem roten Längstreifen von gleicher Breite. (Es bleibt somit bei den bisherigen Landesfarben.)

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 1. März.

25. Öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.45 Uhr.

Ein Antrag fämlicher weiblicher Abgeordneter wünscht die Anstellung von Frauen bei den Fürsorgestellen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) zu seinen neulichen Ausführungen über den Achtstundentag, daß er damit das Gegenüberpersonal nicht gemeint habe.

Wohnungsbeschaffung.

Für Beschaffung bezw. Umbauen von Wohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge werden im 2. Nachtragsetat des Arbeitsministeriums 500 000 M. als Anteil des badischen Staates angefordert, die zumeist Inangriffnahme der Arbeiten sofort einstimig genehmigt werden. — Ebenso werden, der Erlangung des Finanzgesetzes, die Ausgaben des Justizministeriums für Umbau des Landgerichts in Offenburg und für Zuschüsse an Beamtenanwärter einstimmig genehmigt.

Regelung der Ruhegehaltsbezüge.

Abg. Adrig (Dem.) berichtet namens der Kommission über das Gesetz über die Erhöhung und Regelung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Rentnerleistungen sowie der Ruhegehaltsempfänger und Rentnerleistungen, wovon wir bereits Kenntnis gaben. Ein Antrag verlangt, daß die Bezüge beschleunigt festgesetzt und für die rückliegende Zeit als bald vorschüssig zur Auszahlung kommen. Der Ruhegehaltszuschuß ist gleich dem Unterschiedsbetrag zwischen dem bisher gefällig zustehenden und demjenigen Ruhegehalt, das sich ergeben hätte, wenn der Beamte nach dem am 1. April 1920 geltenden oder in Kraft tretenden Vorschriften besoldet gewesen wäre. Der Finanzminister wird Sorge tragen, daß die Gelder bald zur Auszahlung kommen.

Abg. Dr. Behner (Ztr.) erklärt seine Zustimmung zum Gesetz und fragt wegen der Zurücksetzung der 65 Jahre alten Beamten und wendet sich dagegen, daß weitere 65jährige Beamte zur Ruhe gesetzt werden. — Abg. Dr. Glöckner (Dem.) spricht seine Genehmigung über die Erhöhung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger aus. — Abg. Frau Engel (Ztr.) weist darauf hin, wie notwendig die Neuregelung war, und anerkennt die Vereinnahmung der Abgeordneten aller Parteien, den zurückgesetzten Beamten zu helfen.

Abg. Weismann (Soz.) weist auf die große Kollage unter den zurückgesetzten Beamten hin, die vielfach zum Hungern verurteilt waren. Man soll deshalb mit der Auszahlung der Zuschüsse nicht zögern. Das Gesetz ist auch ein Stück Artergsfolge, indem dieser die ungeheuren Geldentwertung bewirkte. Die

der Hygiene. Die Dame verfügt trotz ihres jugendlichen Alters über eine beachtenswerte Bühnensicherheit und ein ansprechend weiches, bunt gefärbtes Organ. Die Behandlung der marionetten Werke Goethes verriet Geschmaß und Schule. Ihr Spiel, obwohl ihm die letzte Abrundung noch fehlt, hielt durchaus die flüssige Linie inne, war edel, beherrscht und in jedem Moment plastisch. In dieser Hinsicht konnte man von der Darstellung der denkenden und verständnisvoll schaffenden Künstlerin voll und ganz begeistert sein, was das Publikum durch warmen Beifall zu erkennen gab. Fr. Koller hat in der nächsten Schwere etwas zubielt fleisch angelegt, was ihr Gesicht älter erscheinen läßt. Nach einigen Monaten Aufenthalt in Jünger-Deutschland dürfte die alte Schlantheit wieder vorhanden sein. Von Fr. Koller und Herrn Baumbach abgesehen, sieht die Vorstellung den Goethestil schmerzhaft vermissen. Doch soll dem Theater aus der Unausgeglichenheit sowohl im Darstellerischen wie im Kostümlichen kein Strich bestrichen werden, da die Vorstellung eben nur dem Gespinnst diente und noch angelegt wurde. — In den „Journalisten“, die am Sonntag im Konzerthaus folgten, bewies Fr. Koller auch ihre Befähigung für das bessere Genre und das Konversationsstud. Gewandtheit, gute Manieren, natürliche Sprechweise und gewinnende Herzlichkeit lassen die Dame als eine schätzenswerte und vermuthlich bildsame Aquisition für unser Ensemble erscheinen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Von der Neuen Zeit ist soeben das 21. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Pariser Konferenzbeschlüsse. Von Heinrich Lunow. — Das Risiko der Besitzsteuer. Von Wilhelm Reil. — Marxismus und Antikommunismus. Von Albert Stranold. II. (Schluß). — Arbeiterrechtliche Literatur. Besprochen von Dr. G. Platon. — Literarische Rundschau: Karl Rumpmann, Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Von F. Laufflotter. — G. Nefftrappe, Die Gewerkschaftsbewegung. Von Hermann Müller. — Dr. Kurt Albert Gerlach, Die Frau und das Genossenschaftswesen. Von Henni Lehmann. — G. F. G. Mafferman, The New Liberalism. Von G. Fehlinger. — Paul Jech, Der Wald. Von A. L.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Nonportiere zum Preise von 10.25 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.25 M. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Annahme des Gesetzes muß daher selbstverständlich sein. Bei der Pensionierung der 65jährigen Beamten muß von Fall zu Fall entschieden werden. Dringend zu wünschen ist eine Beseitigung unserer Saluta, mit der Geldentwertung Einhalt zu tun.

Abg. Dr. Maier-Karlsruhe (D.M.) ist befremdet, daß mit der Pensionierung der 65jährigen Beamten fortgefahren wird. Der Regierungsvorsteher freut sich der zustimmenden Neuregelungen zum Gesetzentwurf und weist auf die Notwendigkeit hin, daß die Regelung im Rahmen der Reichsverhältnisse gehalten wurde. Bezüglich der Zwangsabschreibungen wird das Finanzministerium eine Denkschrift herausgeben. Wir werden sofort die Einsetzung der zumabgesetzten Beamten gemäß dem Gesetz vornehmen und dementsprechend die Auszahlung erlebigen.

Das Ruhegehaltsgesetz samt dem Antrag auf abschließende Einsetzung und Auszahlung wird einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Behner (Ztr.) weist darauf hin, daß zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Das Landwirtschaftsministerium

nach eine Reihe von Anträgen eingingen und beantragt die Befreiung dieses Punktes von der Tagesordnung und Verweisung dieser Anträge samt Gesetzentwurf an die Kommission.

Abg. Maier-Karlsruhe (Soz.) hat nichts gegen die Befreiung, wünscht jedoch Beschleunigung dieser Ausführlingshandlungen, damit das Gesetz bald erledigt wird. Wenn das Gesetz nicht vorwärts kommt, so sind daran nicht materielle Dinge schuld, sondern Beharrungsvermögen, wenn auch nicht geistiger Art. (Beifall.)

Abg. Wittenmann (Ztr.) stimmt den Ausführungen des Vorredners zu und wünscht ebenfalls baldige Erledigung.

Abg. Dr. Schöfer (Dem.) erklärt, daß die demokratische Partei gewöhnt ist, Brägel zu beziehen und als der Stündenbolz dazuzufinken. Wenn das Gesetz heute nicht zur Verhandlung kommt, so ist daran kaum der meiste Antrag der größten Partei des Hauses (des Zentrums) die Landwirtschaftskammer in dem Besitze ihrer Mittelherabsetzung zu verringern. Dieser Umstand ist es, der zur Rückberufung an die Kommission zwingt.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) tritt für solche Kommissionsberatungen des Gesetzes ein. Die Übertragung über die Zentrumsanträge kann nicht so groß sein. Nachdem der Landtag vereinbart werden soll, ist eine Verringerung der Zahl der Mitglieder der Landwirtschaftskammer erst recht am Platze.

Das Landwirtschaftsministerium wird an die Kommission zurückverwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vorm. 9 Uhr. — Tagesordnung: Petitionen, formelle Anfragen und Antrag betr. Neubewachung von Domänengrundstücken.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes weist eine weitere Verschlechterung auf, die sich sowohl in Betriebsbeschränkungen als auch in der Zahl der unterjüngsten Erwerbslosen (4300 gegenüber 4257) äußert.

Entwurf eines Reichsmietergesetzes. Die Reichsregierung hat den Entwurf eines Reichsmietergesetzes nun fertiggestellt. Der reichsgerichtliche Vorarbeiten für die Berechnung der Mieten bei der Vermietung von Wohnungen, Geschäften, Büros, Lagerräumen, Kaminen enthält. Anfolge des Fehlens gesetzlicher Vorschriften für die Berechnung der Mieten in den meisten Teilen Deutschlands weist die Steigerung der Mieten eine außerordentliche Beschleunigung auf. Hier will der Entwurf ein einheitliches Recht schaffen. Die Zwangswirtschaft in Wohnungsangelegenheiten wird in dem Gesetzentwurf grundsätzlich beibehalten, doch sollen die Mieter vor unbilligen Mietsteigerungen geschützt werden. Gleichzeitg soll berücksichtigt werden, daß durch eine übermäßige Steigerung der Mieten der Wert der Grundstücke sich in nicht gerechtfertigter Weise erhöht. Der Entwurf gibt die Möglichkeit anstelle der vertraglich vereinbarten eine gesetzliche Miete zu setzen. Für die Höhe der gesetzlichen Mieten sind die Grundstücke maßgebend, die eine Steigerung der bisherigen Mieten nur in Höhe der für das Haus aufzunehmenden Betriebs- und Instandhaltungskosten eintreten kann. Der Entwurf bringt ferner Bestimmungen über die Tätigkeit von Mietervereinigungen, wobei ten bereits bestehenden bestimmte Befugnisse zugewiesen werden. Das Gesetz dürfte noch in diesem Frühjahr vom Reichstag durchberaten werden und soll 4 Monate nach dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Die Lage des Arbeitsmarktes weist eine weitere Verschlechterung auf, die sich sowohl in Betriebsbeschränkungen als auch in der Zahl der unterjüngsten Erwerbslosen (4300 gegenüber 4257) äußert.

Entwurf eines Reichsmietergesetzes. Die Reichsregierung hat den Entwurf eines Reichsmietergesetzes nun fertiggestellt. Der reichsgerichtliche Vorarbeiten für die Berechnung der Mieten bei der Vermietung von Wohnungen, Geschäften, Büros, Lagerräumen, Kaminen enthält. Anfolge des Fehlens gesetzlicher Vorschriften für die Berechnung der Mieten in den meisten Teilen Deutschlands weist die Steigerung der Mieten eine außerordentliche Beschleunigung auf. Hier will der Entwurf ein einheitliches Recht schaffen. Die Zwangswirtschaft in Wohnungsangelegenheiten wird in dem Gesetzentwurf grundsätzlich beibehalten, doch sollen die Mieter vor unbilligen Mietsteigerungen geschützt werden. Gleichzeitg soll berücksichtigt werden, daß durch eine übermäßige Steigerung der Mieten der Wert der Grundstücke sich in nicht gerechtfertigter Weise erhöht. Der Entwurf gibt die Möglichkeit anstelle der vertraglich vereinbarten eine gesetzliche Miete zu setzen. Für die Höhe der gesetzlichen Mieten sind die Grundstücke maßgebend, die eine Steigerung der bisherigen Mieten nur in Höhe der für das Haus aufzunehmenden Betriebs- und Instandhaltungskosten eintreten kann. Der Entwurf bringt ferner Bestimmungen über die Tätigkeit von Mietervereinigungen, wobei ten bereits bestehenden bestimmte Befugnisse zugewiesen werden. Das Gesetz dürfte noch in diesem Frühjahr vom Reichstag durchberaten werden und soll 4 Monate nach dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Die Lage des Arbeitsmarktes weist eine weitere Verschlechterung auf, die sich sowohl in Betriebsbeschränkungen als auch in der Zahl der unterjüngsten Erwerbslosen (4300 gegenüber 4257) äußert.

Berichtszeitung

Beleidigung durch den Ausschleier. Der Händler Leonhard Inself beleidete auch das Amt des Ausschleiers in Dödingen. Am Schluß der amtlichen und privaten Bekanntmachungen flocht er jeweils üblige Witze ein, weshalb er vom Gemeinderat entlassen wurde. Seine Entlassung gab er durch die Ortschelle bekannt und sagte den Stadträten Dank für die Befreiung, wobei er diese als Speichelle, die keine Männer seien, u. a. bezeichnete. Der Stadtvorstand und 16 Mitglieder des Gemeinderats reichten Beleidigungsklage ein. Das Schöffengericht Heilbronn verurteilte Inself zu 100 M. Geldstrafe. Außerdem wurde dem Stadtvorstand das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten durch die Ortschelle in Dödingen bekannt geben zu lassen.

Aus dem Lande

Heilbronn, 28. Febr. Eine von der Allgemeinen Studentenschaft der Universität Heidelberg eingesetzte Kommission hat die Akten über die Entziehung der Erlaubnis zur Beibringung gegenüber dem früheren Reichsboten Dr. Hugo geprüft. Der Allgemeine Studentenausschuss kam demnach mit allen gegen eine Stimme bei einer Stimmzählung zu der Stellungnahme, daß das Verfahren gegen Dr. Hugo von Seiten der Universität lediglich im Anschluß an die vielen Beleidigungen geföhrt worden ist und daß die Universität keineswegs aus politischen Gründen gegen Dr. Hugo vorging.

Heilbronn, 28. Febr. In den Nächten zum Sonntag und zum Montag wurden 27 Nadelweiber in den Polizeiarrest gebracht, wo sie sämtliche Strafen entgegen schlugen.

Mannheim, 1. März. Der Jophschneider, der in der letzten Zeit hier aufgetreten ist, macht wieder von sich reden. Er hat am Sonntagabend einem 12jährigen Mädchen beide Hände abgeschritten. Bisher konnte der Mann noch nicht ermittelt werden.

Mannheim, 1. März. Am 10. und 13. März werden hier zwei Sonderzüge abgefahren, um die in Baden, in der Pfalz und in der Schweiz anliegenden abstimmsberechtigten Körperschleier in die Heimat zu befeuern. Damit soll nun die noch kreislen geordneten Gruppen näher kennen lernen, werden in den Tagen vor der Abreise landmannschaftliche Zusammenkünfte veranstaltet. Am Sonntag fand hier eine Versammlung der Bezirksgruppe Baden-Pfalz der Vereinigten Verbände Heimatfreier Oberpfälzer statt, die das Weltdienst ablegten, am Abstimmungsstog zur Stelle zu sein.

Weinheim, 28. Febr. An den sonstigen Stellen der Bergstraße sollen die Mandatszettel zu bläuen beginnen.

Sulz (Oberr.), 28. Febr. Der 12jährige Sohn des Wagnermeisters Kopp spannte eine Handfeuerwaffe in einen Schornstein, um daran herumzuklettern. Die Waffe ging pfühlich los, und ein Schuß drang dem Jungen in den Unterleib und verletzte ihn schwer.

Bildung am 21. zu größerem den. Nächst dem dort in einem Schloß von den. Das Hotel Schwingen in Schwinnig.

Graben, Miltach, Steinböck.

Verwand gebildet von Hofst. Der nach verlegte. R. an 2. 13. r. u. ist genom auszuweisen 3. 2. 0. m. h.

Strach im letzten 137 Strafen erwirbt un profen mi Gefängnis Tagen 27 nachdng d wiesen m.

Di hat sich un aller parte deutchen i Organisi nach jahrel tretung de Interessee rube, Reiji

2. W. alt; in U. liegt in 2.

Sozial im groben tionsmüßig.

Soz. tag, den 4. soziale öffe Thema: Gerade im jährl tang des so größer Deutsch zum Pr

Wir u der „Gold ussiu G. kannt ist, Sozial alle und

2. W. alt; in U. liegt in 2.

Sozial im groben tionsmüßig.

Soz. tag, den 4. soziale öffe Thema: Gerade im jährl tang des so größer Deutsch zum Pr

Wir u der „Gold ussiu G. kannt ist, Sozial alle und

2. W. alt; in U. liegt in 2.

Sozial im groben tionsmüßig.

Soz. tag, den 4. soziale öffe Thema: Gerade im jährl tang des so größer Deutsch zum Pr

Wir u der „Gold ussiu G. kannt ist, Sozial alle und

2. W. alt; in U. liegt in 2.

Sozial im groben tionsmüßig.

Soz. tag, den 4. soziale öffe Thema: Gerade im jährl tang des so größer Deutsch zum Pr

Wir u der „Gold ussiu G. kannt ist, Sozial alle und

2. W. alt; in U. liegt in 2.

Sozial im groben tionsmüßig.

Soz. tag, den 4. soziale öffe Thema: Gerade im jährl tang des so größer Deutsch zum Pr

Wir u der „Gold ussiu G. kannt ist, Sozial alle und

2. W. alt; in U. liegt in 2.

Sozial im groben tionsmüßig.

Soz. tag, den 4. soziale öffe Thema: Gerade im jährl tang des so größer Deutsch zum Pr

Wir u der „Gold ussiu G. kannt ist, Sozial alle und

denen Redner sprachen sich noch zu den verschiedenen Punkten des Wohnungswesens aus. Herr Architekt Deines gab kurze Erläuterungen zu dem Jahresbericht. Wie diesem zu entnehmen ist, hat der Grund- und Hausbesitzerverein im abgelaufenen Jahr eine gesteigerte Tätigkeit entwickelt, die sich auch im Zuwachs des Mitgliederstandes bemerkbar macht, der sich 2192 auf 2718 Mitglieder erhöhte. Im Jahresbericht werden sodann noch eine Reihe von Angelegenheiten kurz gestreift, die a. Zt. im Vordergrund des Interesses der Allgemeinheit stehen. So wird u. a. bemerkt, daß die vom Stadtrat auf Antrag des Vereins eingesetzte paritätische Kommission zur Festlegung eines neuen Mietvertrags mit einer neuen Mietzinsrechnung tüchtige Arbeit geleistet hat. Kurz gestreift werden sodann noch im Jahresbericht die Sozialisierungsbestrebungen. Es wird hervorgehoben, daß die Sozialisierung des Hausbesitzes für das deutsche Reich und für die Bewohner des Hauses ein furchtbares Unglück wäre. Die Wahl des Vorstandes verlief äußerst rasch. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt.

(Die starke Mitgliederzunahme, sowie die intensive Tätigkeit des Vereins öffnet hoffentlich auch den Mietern die Augen und finden den Weg zu ihrer Organisation. Daß die Hausbesitzer trotz ihres angeblich schweren Standes keine Freunde der Sozialisierung sind, ist ja nicht neu. Im Ernst werden aber auch sie nicht bestreiten wollen, daß gerade das kapitalistische System und die heutige furchtbare Wohnungsnot bedroht und damit gewiß genug Unglück über die deutsche Bevölkerung heringebracht hat, so daß wir nur in der Sozialisierung des Wohnungswesens eine Gesundung auf diesem Gebiete erblicken können.)

Kleine Nachrichten

Mech. Die Lage des französischen Weinhandels wird zur Zeit aus allen Gegenden Frankreichs als eine sehr düstere geschildert. Obwohl die Preise für Rotweine guter Qualität bis auf 45 bis 50 Cts. für den Liter zurückgegangen sind, ruht der Handel fast vollkommen. Winger und Weinbändler sind geradezu entmutigt. Die gegenwärtige Salinität im Weinbau trifft nicht nur Elsass-Lothringen, sondern erstreckt sich auf alle weinbaureichenden Gegenden Frankreichs. Um den Weinhandel etwas zu heben, fand in Mech eine Weinmesse statt, die von über 200 lothringischen Weinplazern besucht war. Die Preise schwankten zwischen 120 und 200 Frs. für den Hektoliter.

Berlin. Das „Berliner Tagblatt“ berichtet: Nach einer Meldung der „Wälder Nachrichten“ kam man in Liechtenstein einem Staatsreich auf die Spur, bei dem die Einführung des provisorischen Landesvertrages Dr. Peit beachtetig war. Das zur Einführung bereitgestellte Auto verbrannte ohne Erreichung des Zieles. Die Führer der Bewegung sind nicht aufzufinden.

Berlin. Zu dem Straußberger Automobilüberfall melden die Morgenblätter, daß sich nach den bisherigen Feststellungen der Gesamtwert der erbeuteten Schmuckstücke und des Wertes auf rund 30 000 M. belaufe. Die Stadt Straußberg habe auf die Ergreifung der Räuber eine Belohnung ausgesetzt.

Berlin. Die verschiedenen Blättern gemeldet wird, ist der Abtransport der englischen Truppen zur Sicherung der Abfertigung in Oberloosen bereits genau geregelt. Die Truppen werden über Frankfurt a. M., Erfurt, Heidelberg, Kottbus und Piesnitz nach Opatowitz befördert werden.

Kalle a. d. S. Der „Halleischen Zeitung“ zufolge hat die Stadt Loebejün bei Halle ihre Forderungen eingeleitet, bis zur endgültigen Regelung ihrer Verhältnisse. Gezwungen war sie hierzu durch die Ablehnung der neuen Steuerentwürfe durch die Kommunisten, die die stadtparlamentarische Mehrheit besitzen.

Florenz. Gestern kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten. Sechs Personen wurden getötet und mehrere verwundet.

Washington. Der amerikanische Torpedobootsperdörer „Boalies“ liegt auf der Höhe von Panama mit dem Dampfer „Steel Inocentor“ zusammen. Der Torpedobootsperdörer ist gesunken. Ein Mädchen ist umgekommen. 15 Personen werden vermisst.

London. Wie die Blätter melden sind auf die gestern in Cork erfolgten Erschießungen von sechs Sinnfeindern blutige Anarisse auf die Truppen erfolgt. Bisher wurden 5 Personen als tot und elf als verwundet gemeldet. **Neuerst.** Bei dem Zugzusammenstoß in der Nähe von Chicago wurden 40 Personen getötet und 100 verwundet.

Lebte Nachrichten

Der amerikanische Arbeiterbund gegen Sowjetrußland

W.A. Paris, 1. März. Nach einer Kabakmeldung aus Washington hat der amerikanische Arbeiterbund einen Aufruf an die organisierten Arbeiter der ganzen Welt, besonders der Vereinigten Staaten, gerichtet, worin sie aufgefordert werden, energisch gegen die Verfolgung und das unheimliche Wiedererleben der Arbeiter in Sowjetrußland zu protestieren.

Französische Nachwahlen

Genf, 28. Febr. Im 2. Wahlkreis von Paris, der nach dem neuen Wahlsystem 12 Deputierte zählt, waren zwei Mandate erledigt durch die Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik und den Tod des sozialistischen Dissidenten Lauche. Der Wahlkreis umfaßt 190 000 Wähler, von denen gestern 117 600, also etwas mehr als 60 Prozent, abgestimmt haben. Der nationale Block, an dessen Spitze Millerand im November 1919 die absolute Mehrheit erlangt hatte, brachte es nur auf 47 000 Stimmen, die Kommunisten dagegen auf 32 875. Zwei sozialistische Dissidenten, die von der radikalen Partei unterstützt wurden, erhielten 20 500 Stimmen. Dagegen mußte sich die Liste der alten sozialistischen Partei mit 12 000 Stimmen begnügen. Dem nationalen Block steht also eine starke Mehrheit der Linken gegenüber.

Im Departement Hochsavoie hat der nationale Block in der gestrigen Stichwahl seinen Sitz an die Radikalen verloren. Der Kandidat der Kommunisten, der im ersten Wahlgang 7000 Stimmen hatte, hatte seinen Parteigenossen Stimmenthaltung empfohlen, doch gingen vier Fünftel seiner Stimmen auf den Radikalen über.

Diese Ziffern bestätigen den Umfassung in der Wählerwahl, der sich bereits im Dezember bei einer Nachwahl in der Heimat des Herrn Leagues offenbart hatte, daß nämlich der nationale Block von einem großen Teil der Wähler im Stich gelassen wird, und daß andererseits unter den Parteien der Linken ein starker Drang nach Einigung besteht. Die Sozialisten hätten ohne ihren Verbündeten auch gestern schon in Paris den Sieg davongetragen. Nach den bisherigen Pariser Meldungen ist eine Einigung für beide Seiten vorzunehmen.

Der Streit um die Insel Yap

Zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan ist ein Streit ausgebrochen um die Insel Yap, die Hauptinsel der zu den früheren deutschen Kolonien im Inselgruppen im westlichen Stillen Ozean. Es sind Handelsinteressen, die jeden der beiden Staaten die Insel begehrt werden lassen. Nach einer Neuhauser Meldung der Agence Havas besaß eine Depesche aus Tokio, daß in unterrichteten japanischen Kreisen die Meinung vertreten werde, Japan werde auf der Erteilung des Mandats über die Insel Yap bestehen. Es werde sich dabei auf die Entscheidung berufen, die vom Obersten Rat im Mai v. J. getroffen wurde.

Washington, 1. März. Ein Ausfall Geddes, der britische Vizekonsul in den Vereinigten Staaten, hat von der amerikanischen Regierung die Weisung erhalten, in der ameri-

Während der Weissen Woche

in allen Abteilungen

besonders billige Angebote.

Einige Beispiele:

Hemdentuch 85 cm breit	Mtr. 7 ⁹⁰ Mk.	Selden-Frotté 100 cm breit	Mtr. 18 ⁵⁰ Mk.	Frühljahrs-Mäntel englisch gemastert	165 ⁻ Mk.
Körperflanell	Mtr. 13 ²⁵ Mk.	Reinwollene Cheviot	39 ⁵⁰ Mk.	Jackenkleider	175 ⁻ Mk.

W. Boländer

Kaiserstr. Nr. 121.

Sonntag

6. März 4 1/2 nachm. in der großen Festhalle

4. Sinfonie-Konzert

Pfalz-Orchester

Leitung: Generalmusikdirektor Prof. Ernst Boehe, Solisten: Frau Laise Lohstein-Wirs (Heidelberg), Sopran, Herr Hans Böhling, vom Nationaltheater Mannheim, Bariton.

Programm:
Pfitzner: Ouvertüre z. „Christoffeln“
Pfitzner: Erzählung des Dietrich aus „Der arme Heinrich“, Mahler: 4. Sinfonie G-dur (mit Sopran-Solo), Strauß: Till Eulenspiegels lustige Streiche.
Karten zu 10.—, 7.50, 5.—, 4.— u. 3.— Mk. (einschl. Steuer u. Einlassgebühren i. d. Festhalle) i. d. Musik-Hdlig Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter

Frau Sophie Lotsch

Oberpostschaffners-Witwe

sowie für die vielen Blumenspenden und die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis sprechen wir unseren tiefgefühltesten Dank aus. Besonders danken wir Herrn Oberpostprediger Fischer für seine tröstlichen Worte und den erhebenden Nachruf.

2984

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wander-Karte

von

Karlsruhe u. Umgegend

herausgegeben von der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Maßstab 1:50 000. 6-Farbenbrud.

Preis: Unaufgezogen ohne Umschlag 2,50 M
unaufgezogen mit Umschlag und einem Verzeichnis der hiesigen Sehenswürdigkeiten 3.— M
einfachsteilig Teuerungszuschlag.

Erfhältlich in allen Buchhandlungen hier und in den Anstaltsstellen des Verkehrsvereins (Bahnhofplatz 6 und Zeitungshäuschen beim Hotel Germania. 515

Karlsruhe, den 24. Februar 1921.

Das Bürgermeisteramt.

Naturheilverein Karlsruhe e. V.

Am Montag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr beginnt im großen Saale des Evangel. Vereinshauses, Adlerstraße 23, ein vier Abende dauernder Kurs in der

häuslichen Krankenpflege

geleitet von Herrn Karl Kirßen aus Weihenfeld. Einleitender Vortrag über: „Behandlung der Krankheiten nach den Grundfragen der naturgemäßen Heilweise und Wirkung des Bades bei Krankheiten“.

Praktische Unterweisung in der Anlegung von Bälgen (Sädel) Kompressen, Verbänden usw. Belehrung über die erste Hilfe bei Unfällen (Ertrinken — Verbrennen — Vergiftungen — Stürzen usw.) sowie Massage und Selbstmassage. Kursgebühren sind der 7. und 8. März im großen Saale des Ev. Vereinshauses, der 9. und 10. März im Saale des Restaurants „Walmengarten“, Herrenstraße 38, jeweils 1/2 8.—, 10 Uhr abends.

Teilnehmerkarten für den ganzen Kurs zu M. 15.— für Nichtmitglieder, M. 8.— für Mitglieder können am 1. Kurstabend gelöst werden. Karten zum Voranschuss von M. 12.— für Organisationen in der Geschäftsstelle: „Sanftmenschenbund“ im Verbrüderungshaus, Mittelstraße, täglich 3—4 Uhr. Vorverkauf für Mital. im Reform-Bekleidungs-Geschäft Rauterer, am Ludwigsplatz. Mitgliederkarten sind mitzubringen. Karten für den einzelnen Abend: Nichtmitglieder M. 5.—, Mitglieder M. 3.— nur an der Abendkass.

Sänger-Vereinigung Karlsruhe

1200 Sänger.

Samstag, 6. März, abends 7 1/2 Uhr in der Festhalle

Grosses Konzert

unter gefl. Mitwirkung der Kammer-sängerin Frau v. Ernst und der Herren Weimershaus, Müller und Spitzel vom Landestheater-Orchester.

Am Flügel: Herr Hugo Rahner. Leitung der Gesamtköre: Herr Lechner.

Karten im Vorverkauf zu Mk. 6.— bis 2,50 zu haben in der Musikalienhandlung von Fr. Müller, Ecke Kaiser- und Waldstrasse. 2981

Grab-Kränze

von Palmen, von Porlen und von Blech

W. Sims Nachf., Kreuzstr. 4.

Bilder

mit Rahmen, große Auswahl, billig.

Schäfers Kunsthandlg., Kaiserstraße 38.

Offenburger Anzeigen.

Volksschule Offenburg.

Auf Beginn des neuen Schuljahres werden alle diejenigen Kinder schulpflichtig, die in der Stadt Offenburg ihren dauernden Aufenthalt haben und am 30. April d. J. das 6. Lebensjahr zurückgelegt haben werden.

Die Eltern oder deren Stellvertreter werden ersucht, die ihrer Pflicht anvertrauten schulpflichtigen Kinder am

Freitag, den 5. April 1921,

und zwar die Knaben von 10—12 Uhr im Knabenschulhaus, die Mädchen von 8—10 Uhr im Mädchenschulhaus persönlich anzumelden.

Die Anmeldepflicht erstreckt sich auch auf die Kinder, die auf Beginn des vorigen Schuljahres zurückgestellt worden sind, und auf die nicht volljährigen (Blinden und taubstummen), die geistes-schwachen, trübsinnigen und epileptischen Kinder.

Für sämtliche Kinder ist das religiöse Bekenntnis anzugeben und auf Verlangen nachzuweisen; ferner ist der Zeitpunkt bezuzufügen.

Kinder, die die Volksschule zu besuchen haben, aber aus irgend einem Grunde zu Beginn des Schuljahres im Schulhaus nicht erscheinen können, sind von den Eltern oder Stellvertretern unter Angabe des Hinderungsgrundes mündlich oder schriftlich zu entschuldigen.

Eltern oder Stellvertreter, die es veräumen, die ihrer Obliegenheit anvertrauten, schulpflichtigen Kinder zum Besuch der Volksschule anzumelden, unterliegen der Bestrafung auf Grund des § 71 des Polizeistrafgesetzbuchs.

Offenburg, den 2. März 1921.
Das Volksschuldirektorat.

Wo kaufe

ich meine gebr. Anzüge, Kleider, Hüte, Hosen, Weiszeug, Mädel usw., bei

H. Schap

2186 Kaiserstr. 67
Eing. Waldhorstr.

Pranckuch & Co.

Büchertitel

Schrubber
Waschbürsten
Scheuerbürsten
Schmuckbürsten
Bodenwachs
weiß und gelb
1/4 kg-Doze
Mark 6.—
Bodenlack

Pranckuch & Co.

Betriebsräte, Betriebs-obleute und Vertrauensleute

des deutschen Transportarbeiterverbandes: Ortsverwaltung Karlsruhe

Donnerstag, den 3. März, findet nachm. 5 Uhr in der „Gabelndehalle“, Erbringerstr. 20, eine

Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

- Vortrag über Neuwahl der Betriebsräte und Betriebsobleute.
- Verschiedenes.

Dazu laden wir sämtliche Betriebsratsmitglieder, Obleute, Vertrauensleute und Sektionsleitungen ein. Wir erwarten uns pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

Die Ortsverwaltung:
gez. Sittl.

Von den rasch beliebt gewordenen

Teigwaren

aus feinstem amerikanischem Hartweizenmehl, in Deutschland hergestellt, ist neue große Sendung zu bedeutend ermäßigtem Preise eingetroffen.

2977

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Mastatter Anzeigen.

Aufforderung.

Aus dem altbadiischen Distriktsfond ist uns für dieses Jahr wiederum ein Betrag zur stiftungsgemäßen Verwendung zugewiesen worden.

Alle diejenigen, welche auf Unterstützung aus genanntem Fond Anspruch machen zu können glauben, werden aufgefordert, sich bis längstens Samstag, den 12. März, vormittags 11 Uhr, unter Angabe des Alters und Berufes schriftlich anher zu melden.

Beglaubigt sind insbesondere durch Krankheit oder sonstige Unfälle Heimgekehrte, wie auch sogenannte verarmte Arme des altbadiischen Distrikts, katholischer Religion, welche bisher noch keine Armenunterstützung bean-sprucht haben.

518

Karlsruhe, den 25. Februar 1921.
Das Bürgermeisteramt.
Kerner. Joller.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß Vorbrude von Lohnsteuern zum Zweck der Veranlagung zur Einkommensteuer beim Finanzamt kostenfrei an Behörden und Arbeitgeber abzugeben werden.

514

Das Bürgermeisteramt.

Pranckuch & Co.

Weißer
Haushaltwein
Glasfl.
Mark 8.—
1920er
weißer

Tischwein

Glasfl.
Mark 9.—
Bordeaux

Medoc

Guter Krankenwein
M. 15.40
einschl. Steuer.
Die Flaschen werden mit 60 Pf. zurechnet u. ebenf. zurechnommen.

Pranckuch & Co.

spanisch-japanischen Meinungsverschiedenheit über die Insel Yap keine Vermittlung anzubieten. Der britische Vorkämpfer soll in dieser Beziehung mit allen Vollmachten ausgestattet sein.

Die süddeutsche Ministerkonferenz

Stuttgart, 1. März. Im Landtag gab heute Staatspräsident Hieber die Erklärung ab, daß die heute in Stuttgart stattfindende Ministerkonferenz von Württemberg, Baden, Bayern und Hessen keine politische Sonderaktion darstelle, sondern Bezeugnis davon abgeben soll, daß auch Süddeutschland geschlossen hinter den Männern steht, die heute und in den nächsten Tagen in London die Interessen des deutschen Volkes zu wahren haben werden.

Verhandlung gegen die sogenannten Kriegsverbrecher

London, 1. März. In der heutigen Sitzung des Interhauses sagte in Erwiderung auf eine Anfrage der Generalstaatsanwalt, er werde sich auf Freitag vormittag mit zwei deutschen Vertretern, die zu diesem Zwecke aus Leipzig hergekommen seien, über die Frage der Verurteilung der Kriegsverbrecher beschreiben. In gewissen Punkten des Verfahrens, die noch festgestellt werden müssen, sei eine Einigung erzielt worden. Man hoffe, daß die ersten Kriegsverbrecher etwa in einem Monat vor dem Reichsgericht in Leipzig erscheinen können. Der Generalstaatsanwalt fügte hinzu, wir beschäftigen nach Leipzig britische Vertreter zu entsenden, die bei den Verhandlungen zugegen sein werden.

Ritika von Montenegro

Montenegro, 1. März. Agence Havas. Der König von Montenegro ist gestorben. Seine Tochter, die Königin von Italien, und der König von Italien, sind telegraphisch verständigt worden und werden zu den Beisetzungsfeierlichkeiten erwartet.

Amerikanische Abrüstung

London, 1. März. Einer Reuters-Meldung zufolge erklärte der neue amerikanische Marine-Sekretär Denbo, das Ziel der neuen amerikanischen Regierung wird sein, eine amerikanische Flotte zu bauen, die keine andere Flotte der Welt heranreicht.

Die Frage der Sanktionen

London, 28. Febr. Der „Times“ bespricht in seinem heutigen Leitartikel die einzelnen Zwangsmaßnahmen, die gegen Deutschland angewendet werden können, und sucht sie mit dem Friedensvertrag zu begründen.

Hinsichtlich eines autonomen Völkerregimes in den besetzten Gebieten teilt das Blatt die Berechtigung des Artikels 270 des Vertrages her und sagt, ein derartiges Regime sei möglich, im Falle dieser Maßnahmen den Alliierten notwendig erscheinen, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung sicherzustellen. Die Bewohner der besetzten Gebiete hätten noch keine unabhängige gewählte Vertretung, die berufen sei, zu sagen, wie die wirtschaftlichen Interessen, die ihnen eigen seien, sicherstellen sollte. Warum richte die Interalliierte Oberkommission nicht in den besetzten Gebieten ein lokales Parlament ein, das die besonderen Interessen des linken Rheinufers in die Hand nehme? Aber nicht nur der Artikel 270 gestatte es den Alliierten, gewisse Zwangsmaßnahmen am linken Rheinufer zu ergreifen, sondern auch Artikel 212, der gewisse Bestimmungen des Waffenstillstandes, namentlich die Klauseln 1 und 5 des Anhangs 2, in Kraft lasse. Nach diesen Bestimmungen hätten die Alliierten das Recht, Eisenbahnen, Schifffahrt, Telegraph und Telefon auszubeherrschen. Schließlich spricht das Blatt noch von den privilegierten Rechten der Verbündeten über die Werte und Einkommensquellen des Reiches und führt hierfür die Paragraphen 13 und 14 des Anhangs 2 an. In diesem Augenblick seien die Reparationskommission und die Sachverständigen damit beschäftigt, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen und das deutsche Steuerwesen zu prüfen. Nichts könne also verhindern, daß diese Privilegien über irgend eine Einnahme des Reiches, beispielsweise über die Zolleinnahmen ausgedehnt werden. Deutschland habe nur ein Mittel, den Zwangsmaßnahmen zu entgehen, das sei, zu bezahlen, was die Alliierten forderten.

Ein Interview mit Dr. Simons

London, 1. März. Ein Vertreter der „Evening News“ hatte mit Dr. Simons ein Interview. Dr. Simons habe erklärt, daß die Konferenz imhinde sein werde, die Frage der Reparation endgültig zu regeln. Er bringe Gegenorschläge mit, müsse aber betonen, daß die über diese Vorschläge in England gemachten Veröffentlichungen jeder Grundlage entbehren. Lieber die Gesamtsumme müsse verhandelt werden; sie müsse befriedigend für beide Teile sein. Dr. Simons habe hinzugefügt, es sei nicht gut, daß die Alliierten eine unmögliche Zahlung forderten, die Deutschland nicht leisten könne. Ebenso würde es keine Schwäche bilden, wenn die Deutschen eine feste Summe anbieten würden, die den Alliierten zu der Befriedigung Anlaß geben könnte, sie sei geringer als die höchste Leistung, die Deutschland zahlen könne. Simons habe die Hoffnung ausgesprochen, daß alles, was bezüglich der Anwendung von Zwang, d. h. der Strafmaßnahmen, vorgeschlagen worden sei, ausgegeben werden möchte. Das deutsche Volk werde ohne Zwangsmaßnahmen das zahlen, was es bezahlen könne. Die deutsche Delegation habe den aufrichtigen Wunsch, daß die Reparationsfrage ein für allemal geregelt werde. Dr. Simons habe sich ferner entäußert über den Gedanken, die Alliierten könnten argwöhnen, daß der erzielte neue Vertrag nicht ausgeführt werde. Das, was wir unterzeichnen, habe er gesagt, werden die deutsche Regierung und das deutsche Volk auszuführen. Endlich habe Dr. Simons sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Weisheit Finanzkonferenz nicht zum Ziele gelangt sei. Das beste Mittel, um die Entscheidung festzusetzen, würde sein, daß diese Körperschaft ihre Arbeiten fortsetze.

Die Abmachungen in Chequer

London, 1. März. Gestern Abend fand in Chequer eine formelle Konferenz statt, auf der Marshall Foch und Bignonand die militärischen Einzelheiten der französischen Vorschläge zur Erzwingung einer Bezahlung darlegten für den Fall, daß Deutschland sich weigern sollte, den Forderungen der Alliierten nachzugeben. Marshall Foch und Sir Harry Wilson sind mit der Vorbereitung eines Verdictes über die militärische Lage beauftragt worden, der der Konferenz unterbreitet werden soll. Infolge der Beratungen in Chequer und wichtiger Mitteilungen, die von dem britischen Vorkämpfer in Berlin bezüglich der Lage Lond George gemacht worden waren, wird die Haltung der Alliierten auf der Konferenz, wie berichtet wird, sehr fest sein. Lloyd George und Briand hätten beschlossen, bei der Erzwingung der Bezahlungen Schulten an Schulten zu stehen, und, obgleich sie bereit seien, die Argumente und Vorschläge des deutschen Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons anzuhören, in Androhung der endgültigen Instanz zu machen. Die Tatsache, daß Dr. Simons nicht als Bevollmächtigter, sondern als Wortführer des deutschen Kabinetts komme und sich fortwährend mit Berlin in Verbindung setzen müsse, habe in allen diplomatischen Kreisen Heberregung hervorgerufen. Es scheint wenig Zweifel darüber zu herrschen, daß Deutschland dieselbe Politik anwenden werde wie Griechenland und die türkischen Nationalisten. Die Alliierten seien nicht minder geneigt, die Forderung des 12 Prozent Ausfuhrzolls auszulassen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Evening Standard“ schreibt: Wenn Deutschland sich weigern sollte, die Forderungen der Alliierten anzunehmen, so wird eine starke alliierte Truppenmacht, in der Hauptstärke Frankreich, sofort bestimmte Gebiete, wahrscheinlich das Ruhrgebiet, besetzen. Am Rheinlande werden sofort Maßnahmen ergriffen werden, um die „Rote“ einzutreiben. Andere Strafen würden außerdem sofort verhängt werden.

Briefkasten der Redaktion.

H. S., hier. 1. Darüber, wie man Leimruten herstellt, geben wir grundsätzlich keine Auskunft, da wir das Einfangen von Vögeln mittels Leimruten für eine Tierquälerei halten, mit der sich ein empfindsamer Mensch nicht befassen sollte. 2. Karl Bach ist u. W. gestorben, es müßte nur sein, daß er mit seiner Todesmeldung die Öffentlichkeit ebenso an der Nase herumgeführt hat wie mit seinen Romanen, die er aus der Phantasie und nicht aus seinem eigenen Erleben entnommen hat.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, politische Nachrichten und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für politische Nachrichten und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für die Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Hilde; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gehausgebote. Otto Schill von hier, Flechner und Justizlaterer hier, mit Bertha Zimmermann von Gemmingen. Karl Scherwis von Legelsdorf, Rader hier, mit Christian Eißler von Daiterbach. Georg Huth von hier, Schloffer hier, mit Paula Nummer von Durlach. August Rüttgen von Rühlheim, Dipl.-Ing. in Köln, mit Marianna Geiger von hier. August Kander von hier, Rahn-Kontrollleur hier, mit Sofie Göbeleder von hier. Friedrich Baumann von Birmahsen, Wirt hier, mit Christiane Däuser von Rogold. Joseph Gang von Ruppenheim, Bahnarb. hier, mit Frieda Mayher von hier. Friedrich Meyer von hier, Kraftfahrer hier, mit Maria Betsch von hier. Geburten. Rudi Otto Anton, Vater Emil Feiltsch, Postfist. Helmut Rudolf, Vater Josef Werner, Kaufm. Erich, Vater Karl Stach, Schürmann. Theo Justin, Vater Moritz Usher, Fabrikant. Werner, Vater H. Kaiser, Wagenführer. Johann Hugo, Vater Leop. Dudenhöfer, Pader. Gertrud Luise, Vater Franz Jäger, Rader. Heinrich Ludwig, Vater Anton Lott, Schneidermstr. Lud. Gustav Adolf, Vater Gust. Rod, Dipl.-Ing. Paul Otto, Vater Franz Fittler, Kaufm. Anneliese, Vater Hugo Amann, Rader. Gustav, Vater Gust. Holzhauser, Flechner und Justizlaterer. Hildegard Margarete Hermine, Vater Karl Heiser, Fab.-Arb. Elisabeth Luise, Vater Jos. Stadler, Mel.-Vot.-Führer. Juliana Luise Rosa, Vater Jakob Jörn, Schneider. Helene Maria, Vater Karl Farny, Werkführer. Gust. Reinhard Gerat, Vater Gust. Hildenbrand, Viehwarenfabrikant. Todesfälle. Sophie Dösch, alt 67 Jahre, Witwe von Karl Dösch, Oberpostkassener. Pauline Weber, alt 62 Jahre, Ehefrau von Leo Weber, Kulturmeister a. D. Elisabeth Holzäpfel, alt 55 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Holzäpfel, Schneider. Lud. Schaber, Postfist., ledig, alt 31 Jahre. Emma Sauer, alt 68 Jahre, Witwe von Fredr. Sauer, Hofinanzrat. Otto Mühlbe, Fab.-Arb., ledig, alt 18 Jahre. Frida Kottlermann, Köstler, Chemann, alt 44 Jahre. Rud. Reth, Steuerfist. a. D., Chemann, alt 76 J. Karl, alt 6 Monate 8 Tage, Vater Karl Eggenberger, Buchdrucker. Jakob Kollmer, Hauptlehrer, Chemann, alt 57 Jahre.

Verbandsanzeiger

Der 4. Stellen... (Beratungsausschüsse haben unter dieser Rubrik keine Aufträge...)

Schneebericht der badischen Landeswetterwarte vom 25. Februar

Das Hochdruckgebiet über Zentralasien hat sich weiter verlagert, während das ozeanische Tiefdruckgebiet langsam sich südwärts ausbreitet. Da die Veränderung der Wetterlage nur langsam vor sich geht, dauert das heitere trockene Wetter noch an. Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht: Meist heiter, dünnlich, trocken, Nachtfrost, schwache Ostwindbewegung.

Bleyle's Knaben-Anzüge. Verlangen Sie illustrierten Katalog bei W. Boländer, Kaiserstrasse 121.

Wäscherei Schorpp. Neue Kragen. Arbeits-Anzüge. Jagdhut betr. Friedrich Stern aus Leopoldshafen wurde heute als Jagdausrufer für die Gemeindejagd gegen Stein, Leopoldshafen und Ros 1 Hartdmal verurteilt.

Daniels Konfektionshaus. Karlsruhe, Wilhelmstr. 34, 1 Treppe. „Weisse Woche“ Grosse Preisermässigung auf Damen-Konfektion.

Schirm-Reparaturen. W. Krefschmar, Nachfolger. Karlsruhe, Schirmfabrik, Kaiserstraße 82a.

Teilnehmerverband des Freizeit- und Sportvereines Zweigverein Karlsruhe. Freitag, den 4. März 1921, abends 8 Uhr, findet in der Banerlei Schrempf, Saal III, die Versammlung der Lehrlinge und Lehrmädchen statt.

„Nissin“ Kopfläuse. Kinder-Wagen. Höhere Lehranstalten in Karlsruhe. Die Anmeldungen neu eintretender Schüler und Schülerinnen für das Schuljahr 1921/22 werden für alle Anstalten Mittwoch, den 9. März, 3-5 Uhr, in den Schulgebäuden (Fichteschule, Goethe- und Schillerstraße, Humboldtschule, Lessing- und Goethestraße, Real- und Realschule), entgegen genommen.

Kleiverkaufspreise für Gemüse und Obst. Für die Zeit vom 2. März bis 8. März. Die bad. Preisprüfstelle, unter Aufsicht für Marktwaren, Obst und Gemüse, hat als Vertretung der Warenzüchter, Händler und Verbraucher im Benehmen mit den benachbarten Städten und dem Kommunalverband Karlsruhe-Land für Karlsruhe einschl. Vororte und Landbezirk folgende Richtpreise festgesetzt:

Bürgerhof Bruchsal. Montag, den 7. März, pünktlich abends 8 Uhr. 9. Volkskonzert (Richard Wagner-Abend). Mitwirkende: Edith Pott-Sajts, Opern-Sängerin (Sopran), Vom Landes-Theater Karlsruhe; Josef Schöffel, Kammer-Sänger (Tenor), Karlsruhe; Friedr. Hankler, Musikdirektor, Bruchsal (Klaviersoli und Begleitung). Gesänge: „Lohengrin“: Elsa's Träum - Elsa's Sang an die Läte - Lohengrin's Abschied; „Tannhäuser“: Hallenarie der Elisabeth - Gebet der Elisabeth; „Meistersinger“: Am stillen Herd... „Götterdämmerung“: Siegfried's Tod; „Parsifal“: Schlussgesang; „Walküre“: Duett zwischen Siegmund und Sieglinde. Klaviervorträge: ans „Fliegender Holländer“ u. „Walküre“.

Weisse Woche!

Baumwoll-Waren	Damen-Wäsche	Herren-Wäsche
Hemdentuch 80-82 cm, in guten Qualitäten Meter 18.50 12.50 9.50	Damen-Taghemden gute Ware, mit Hohlraum und Stickerei . . . 34.50 29.50	Weisse H.-Sporthemden mit Kragen und Doppelmanschetten . . . Stück 88.00
Flockkörper gebleicht, weiche Ware Meter 19.50 16.50 13.50	Damen-Beinleider mit Stickerei, offen und geschlossen . Paar 34.50 29.50	Weisse Herren-Hemden mit Schillerkragen und Doppelmanschetten . St. 85.00
Handtuchstoffe grau meliert, w. 18 Drell u. Gerstenkorn Mtr. 12.50 10.75 8.95	Damen-Nachthemden mit Einsatz u. Stickerei 75.00 65.00	Weisse Knaben-Hemden mit Schillerkragen und Doppelmanschetten . St. 68.00
Bettendamast ca. 82 cm Meter 26.50	Damen-Nachtfacken aus Cretonne oder Raubkörper 39.50	Konfirmanden-Hemden mit Piqué-Einsatz, Kragen u. Doppelmansch. St. 72.- 57.00
Bettendamast ca. 130 cm breit, Streifen und Blumenmuster, gute Qualität Meter 38.50	Damen-Prinzebrücke mit Stickerei, in guter Ausführung 72.00	Herren-Zephyr-Hemden mit Kragen und Doppelmanschetten in schönen Mustern Stück 72.00
Halbleinen für Betttücher, volle Breite schw. Ware Meter 42.50 32.50	Prinzebrücke f. Konfirmanden , mit Stick. 58.50 49.50	Herren-Selbstbinder schmale und breite Formen in den neuesten Mustern Stück 9.50
Cretonne für Betttücher, 160cm breit Elsässer Ware Meter 42.50 38.50	Damen-Untertalien gute Stoffe, mit Stickerei 16.50 13.50	H.-Gummi-Rosenträger Paar 8.75
Bettuchbilder ungebleicht, 150 cm breit weiche Körperware Meter 36.50	Damen-Korsetten lange Form, gestreift und glatt 19.50	Herren-Taschentücher weiß Stück 4.95
	Damen-Korsetten weiß Drell, mit Strumpfhalter 47.50	Herren-Taschentücher weiss mit bunter Kante Stück 6.50
	Damen-Blüstenhalter gute Stoffe und Schnitte 22.50 15.50	

Herm. Schmoller & Co.

FRÜHJAHR'S - MODE

Herren-Hüte

Die Vorteile des Spezialhauses zeigen sich in unserer bekannten Auswahl u. Preiswürdigkeit

Beispiele:

Wollhüte in schönen modernen Farben . . . 35.- 38.- 48.- 58.- 68.- und höher	Loden- und Touristenhüte , beliebteste Formen . . . 45.- 68.- und höher	Konfirmandenhüte , schwarz u. blau . . . 36.- 57.- 62.- 68.-	Schwarze steife Hüte , neueste Formen . . . 72.- 110.- und höher
Haarfilz-Hüte , sehr kleidsame Formen u. Farb. 95.- 105.- 125.- 145.- und höher	Velour-(Plüsch)Hüte , in vielen Farben 95.- 115.- 125.- 145.- und höher	Woll-Velour-Hüte 62.- 75.- 80.-	Knaben- und Burschen-Hüte 38.- 57.-
Herren- und Knaben-Sporthüte aus guten Stoffen gearbeitet in schönen Mustern 9.80 15.- 25.- 35.-			

Hut-Mode-Haus

Wilh. Zeumer

Karlsruhe Kaiserstraße 125/127.

Homöopathie / Kombiniert rationelles / Spezialbehandlung aller chronischer langjähriger Leiden, 14-jährige Praxis
Karl Teschke, Karlsruhe, Karl Wilhelmstrasse 36, 1. Treppe.
 Haltestelle der Elektrischen: Parkstrasse, Linie 4.
 Sprechstunden: Werktags 9-11 und 3-5 Uhr.
 Epilepsie, Herz-, Nerven-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Lungenleiden, Gicht, Rheumatismus, Flechten, offene Füße, alle Kinderkrankheiten, Gallensteine, Hämorrhoiden, Frauenleiden, Kropf, Pityrien- u. Magengeschwüre ohne Operation, Haut- u. Geschlechtsleiden.

Wir suchen sofort eine zuverlässige **Zeitungs-Trägerin** für die Mittelstadt. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.
Geschäftsstelle des "Volksfreund" Luisenstraße 24.

Vielleicht
 sind auch Sie bei Herstellung Ihres Hausgerätes mit einem **Stahlmisch** bereicherter und deshalb so mittraulich? Wenn dies der Fall, dann lassen Sie sich meine neueste Broschüre mit Preis-Anerkennungen kommen. — Viele täglich eingehende Anerkennungen.
Robert Rat, Ettlingen 58 Heidelberg-Verlag.
 Niederlagen in Karlsruhe bei: E. Seubel, Rasthofer, Frau. Angartenstr. und Emil Rat, Poststr. 50.

Nachhilfe u. Beaufsichtigung der Schularbeiten für Schüler und Schülerinnen jeder Klasse und jeder Lehranstalt (Reals- und Gymnasium) durch **Privat- H. K. Ritter, Körnerstr. 30.**
 Sprechstunden: täglich 9-11, 12 1/2-3 Uhr.
 Eintritt jederzeit. Mäßiges Honorar.
 Vorbereitung zu Examina. 2372

1/2 Stunde wertigen Garantie jede **Läuse-Plage** auch ohne j. Brut (Wissen) b. Menschen u. Tieren mit **Exfolda.** für Wunden und Haare unschädlich. Verh. : Erste Welt. Anzeiger - Verlagsanstalt, Kufhalt, Wien.
 In haben in Karlsruhe i. B.: Kappes & Klinge, Kaiserstraße 86 — Otto Schwarz, Solanenstraße 17.

la Aernleder-Treibriemen
 Andriemen, Nähriemen, Verbinder, Riemenwachs, Fett u. Pech, Holz-Riemen - Scheiben, Gurten, Korbel, Bindfäden u. Garne, Zilien und Nägel, Leder für Sattler und Schuhmacher, diverse Werkzeuge, und Gummiabfälle in empfehlt 2973
Karl Götz Heidelstr. 15, b. Rathaus.

Günstige Kaufgelegenheit!
 Wegen Geschäftsveränderung gewähre auf **20% Regenschirme** **20% Spazierstöcke** **20% Strickkrawatten**
 Schirme werden schnell und preiswert repariert und überzogen.
L. Müllers Schirmfabrik Herrenstr. 20 Karlsruhe Herrenstr. 20.

Anfertigen u. Ausarbeiten von **Polstermöbel**, **Zimmer tapezieren** Vorhänge anmachen bei billiger Berechnung empfiehlt sich **Tabakergesell. E. Döhner**, Mühlenerstr. 23.

Lebensbedürfnis - Verein Karlsruhe.
Schuhwaren!
 Wir empfehlen den verehrlichen Mitgliedern unser gut assortiertes
Schuhwarenlager
 14 Herrenstraße 14
 zur selbstigen Benutzung. Der Vorstand.

Rastatt. Rastatt. Verkauf von **Alt- u. Möbel** Neu- Beschäftigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch, Dreherstr. 3, Dreherstr. 3

Leber - Gamaschen gewaltt und mit Käse in jeder Packung.
 Große Auswahl von 70 Stk. an. Auch werden Gamaschen von geliebtem Leber angefertigt.
 Ferner empfehle prima Wild-Gamaschen zu 25 Stk.
Paul Niede, Sattlerei Waldhornstr. 32.

Städt. Ausstellungshalle
Grosser Ausverkauf
 wegen Auflösung der Städt. Bekleidungsstelle. Zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfehlen wir für das Frühjahr:
Männeranzüge breitteilig, gute Verarbeitung und Futterstoffe Mth. 250.- bis 550.-
Männeranzüge Erbst. für Maßarbeit . Mth. 850.-
Männerhosen dunkel, glatt und gestreift Mth. 40.-, 50.-, 60.-, 90.- 120.-
Konfirmanden-Anzüge, große Auswahl, blau und schwarz Mth. 180.- u. 225.-
Wollene Knabenstrickanzüge, das Beste im Fragen in drei Größen Mth. 145.-, 165.- u. 195.-
Kommunikantinnenkleider, weiß Krepp Mth. 85.- u. 95.-
Frauen- u. Mädchenwäse, Hemden und Hosen, besonders billig
Frauen- u. Mädchenkleidung, Mäntel, Blusen, Röcke, Kostüme, Unterröcke, sehr preiswert
Männerstiefel, schwarz u. braun, prima Fabrikat Mth. 148.-
Frauen- u. Mädchenstiefel, schwarz u. braun Mth. 130.-
Konfirmandenstiefel Mth. 115.-
Kinderstiefel, Kalbleder braun, allerbestes Fabrikat Mth. 135.- u. 165.- je nach Größe
 Verkauf täglich ununterbrochen von 8 Uhr vorm. bis 6 1/2 Uhr nachm. in der Städtischen Ausstellungshalle (gegenüber der Posthalle) Eingang von der Gartenstraße 487

Schreiben Sie schlecht, dann verbese Sie doch ihre Handschrift durch den bekannten Spezialisten **F. Bueck, Karlsruhe, Lessingstr. 78.** (Honorar 30 M.)
Tages- u. Abendkurse Deutsch, Latein, Rundschrift. — (Auswärts beliebig)

Badisches Landestheater. Mittwoch, den 2. März, 7 b. nach 9 Uhr. 12-
Der Leibgardist.

Nur 2 Tane!
 Verkauften Sie Ihre alten auch zerbrochenen **Bahngelassen-Brennölle**
 Zahl für jeden verwendbaren Zahn bis Mth. 7.- für Metallgebisse je nach Ausführung bis Mth. 350.- für altes Gold und altes Silber zahle höchsten Tagespreis. Verkauf nur Donnerstag, den 3. März, und Freitag, den 4. März 1921, von 10-6 Uhr in Karlsruhe im Hotel "Germania". 511
 E. 388a.

Gegen Zahnschmerzen „Blascolin“ in die Ohren hat sofort geschollen. In allen Orten, d. Geschäften zu haben. Viele Anerkennungen. noch dem Verkauf gestattet ist zu werden soll, druck u. ver. Offipation i. famerergebnis mittig 10 W
 in allen Apotheken, Drogerien u. besseren Parfümerien erhältlich.

Weicr und geschmeidig wird im Leder durch tägliche Pflege mit Erdal. Die Schuhe halten länger.
spare durch
Erdal
 schwarz u. gelb u. braun u. rotbraun. Alleinvertrieb: Verlag G. Muth, Frankfurt



No 5
 Die
 un
 228. P
 Gebodagen
 der allierten
 feine weit
 ihre Gegenw
 e h m a r,
 feien. Mit
 Omans ein
 gegeben. E
 Bertreren u
 mehr als 52
 von der Sum
 8 Milliarden
 dies die Beif
 Binfuß hätte
 Berechnung v
 an der Berec
 vereinigten
 Wert der u
 ergeben, wäh
 700 Millie
 die Intern
 u Bertrie
 infolge der
 hatten die
 und Zahlungs
 sen werden,
 Gute fr
 juristisch
 tische Berat
 ft gestern ab
 228. P
 len Delegat
 ihrer jurist
 beriet sich
 Wilson un
 Konferenz wi
 ausnehmen.
 Ci
 Aus Doub
 allgemein
 dem das Sch
 Ereignis der
 Strafaktio
 kann man h
 Es verlautet
 fan der all
 heidigen St
 seit unter de
 zugegeben, d
 werden ihm
 für die Anw
 Durchfegung
 Der Bef
 juristischen
 das Ergebnis
 seiner Tragun
 um nichts m
 Deutschland
 sehen soll,
 schen Sadwe
 nach dem Be
 gestattet ist
 werden soll,
 druck u. ver
 Offipation i
 famergebnis
 mittig 10 W
 Londo
 reng stellt m
 eine befr
 wird, wie fe
 Herren Schlu
 legt zu befr
 B r i e h
 Deutschlan
 mens überge
 hutzrigen
 hnzigen Gel
 Paris anneh
 Die
 21. Lon
 Härten Mitgl
 über, das sic
 sehr erkannt
 Antrennung
 Württen zu
 uns distuic
 lung herbeif
 wird uns nic
 paden, um n
 nisse abzutou